

BdV-Blickpunkt

mit aktuellen Verbandsmeldungen

Ausgabe März 2023

**Bund der Vertriebenen · Vereinigte Landsmannschaften
Landesverband Bayern · Am Lilienberg 5 · 81669 München**



**BdV-Informationsfahrt zu Vertriebeneneneinrichtungen
Spitzengespräch mit Bündnis 90/Die Grünen im Landtag
Klare Haltung zum russischen Überfall auf die Ukraine**



*Liebe Landsleute,
liebe Leserinnen und Leser!*

überschattet vom Krieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine, der anhaltend hohen Inflation und den steigenden Problemen bei der Unterbringung von Kriegsflüchtlings und Asylbewerbern hat das neue Jahr begonnen. Trotz dieser negativen Entwicklungen waren nach dem Abklingen der Corona-Pandemie das Aufatmen über den Wegfall der Beschränkungen und die Wünsche nach Begegnungen und gemeinsamen Vorhaben überall deutlich spürbar. Auch in unseren Verbänden wagte man mit ersten Veranstaltungen zum „Tag der Heimat“, vor allem aber mit Weihnachts- und Adventsfeiern, wieder den „Sprung in die Normalität“. Trotzdem hieße es die Augen zu verschließen, würde man nicht feststellen, dass nahezu alle Vereine unter den nahezu fast zwei

Jahre andauernden Einschränkungen gelitten hätten. Mitgliederverluste und Vereinsauflösungen waren landauf landab zu beobachten. Inwieweit unsere Landsmannschaften davon betroffen sind, wird sich erst in den nächsten Monaten zeigen. Für manchen Funktionsträger war die Pandemie aber eine willkommene Ausrede, um diese für negative Entwicklungen im Verband oder gar für dessen Auflösung verantwortlich machen zu können.

Dabei liegen die Ursachen hierfür oftmals viel tiefer: am Festhalten an unattraktiven Programmen, die sich strikt an alten Mustern vergangener Jahrzehnte orientiert hatten, die lediglich verbale Mitgliederwerbung ohne tatsächlich neue potentielle Mitglieder anzusprechen und die dadurch verursachte geringe Basis, aus der man heute kaum neue Führungskräfte gewinnen kann. Deshalb geht es dort, wo diese Zustandsbeschreibung zutrifft, jetzt darum, entschlossen einen Neuanfang zu wagen. Dass dies kein unmögliches Unterfangen ist, davon zeugt der Bericht über die Aufbruchsstimmung bei der Sudetendeutschen Kreisgruppe in Straubing in dieser Ausgabe.

Dass die Übernahme von Vorstandspositionen nicht immer durch die Amtsvorgänger, besonders wenn Nachfolgerinnen oder Nachfolger recht erfolgreich arbeiten, leicht gemacht wird, gehört leider auch zu den Schattenseiten des menschlichen Wesens. Anstatt sich zu freuen, dass das Lebenswerk fortgeführt wird, wird genörgelt und nicht selten übel nachgeredet. Aber egal – machen wir es besser!

Gut läuft es derzeit beim Landesverband und den Landsmannschaften. Der gewünschte Meinungsaustausch mit der Politik konnte durch eine herzliche Einladung der Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen zu einem Frühstück im

Landtag fortgesetzt werden. Unsere Intervention für die Wiederaufnahme der staatlichen Förderung für die Ukrainische Freie Universität München zeigt erste Früchte. Ministerpräsident Dr. Markus Söder ehrte die Landesvorsitzenden der Landsmannschaften durch eine Einladung zum Neujahrsempfang in die Residenz. Irritationen mit der diplomatischen Vertretung der Ukraine zur Haltung der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland konnten durch ein Gespräch ausgeräumt werden. Ihre Fortsetzung fanden die Begegnungen mit den Generalkonsulaten Tschechiens und Rumäniens. Ausgesprochen konstruktiv beteiligt sich derzeit das Generalkonsulat Serbiens an der Vorbereitung der diesjährigen BdV-Begegnungsfahrt mit der deutschen Minderheit in Serbien und dortigen politischen Mandatsträgern. Die Weichen für die Neuwahlen im BdV-Bezirksverband Oberfranken sind gestellt und stehen in den nächsten Wochen an. Die Überarbeitung unserer Satzung und der zugehörigen Geschäftsordnung hat mit einer Anhörung der BdV-Bezirks- und Kreisverbände, der Landsmannschaften sowie der Fördermitglieder begonnen.

Es geht also voran! Diesen Schwung wünsche ich auch all unseren Gliederungen. Im Bewusstsein, dass es an uns liegt, inwieweit Flucht und Vertreibung unserer Familien, die Aufbauleistungen der Heimatvertriebenen und die Siedlungsgeschichte der Deutschen im Osten nicht in Vergessenheit geraten, wünsche ich allen Landsleuten ein gesegnetes Osterfest und festen Zusammenhalt.

Ihr

Christian Knauer, BdV-Landesvorsitzender

Allen unseren Leserinnen und Lesern wünschen wir ein gesegnetes Osterfest.

Impressum

Herausgeber: Bund der Vertriebenen, Vereinigte Landsmannschaften Landesverband Bayern e. V.
Am Lilienberg 5, 81669 München, Telefon (0 89) 48 14 47, Fax (0 89) 48 26 21

Redaktion: Christian Knauer (verantwortlich), Stefanie Sander-Sawatzki, Susanne Marb

Layout: Christian Knauer

Texte: Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales, Wolfgang Freyberg, Norbert Görner, Silvia Jäger, Christian Knauer, Dr. Walter Kreul, Christoph M. Labaj, Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn, Dr. Matthias Lill, Pia Linger-Böld, Susanne Marb, René Nehring (LO), Roland Scheuffler Senfkorn Verlag Alfred Theisen, Christoph Stabe, Jutta Starosta, Sudetendeutsche Zeitung, Peter Wardenga, Zentrum gegen Vertreibungen (ZgV).

Bilder: Reinhard August, Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales, BdV-Kreisverband Schweinfurt, Bernhard Fackelmann, Silvia Jäger, Christian Knauer, Kulturzentrum Ostpreußen, Pia Lingner-Böld, Susanne Marb, Jürgen Stix, Heribert Sturm.

Hinweis: Sie erhalten regelmäßig den BdV-Blickpunkt mit aktuellen Informationen zu den Themen der deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler. Um Ihnen den Blickpunkt zukommen zu lassen, haben wir Ihre Kontaktdaten gespeichert. Diese Daten werden ausschließlich für den Versand des BdV-Blickpunktes verwendet und nicht an Dritte weitergegeben. Falls Sie unser Magazin nicht weiterbeziehen möchten, können sie den Bezug jederzeit ohne Begründung widerrufen. Ihre Daten werden in diesem Fall vollständig gelöscht. Bitte richten Sie Ihren Widerruf an oben genannten Herausgeber.

Satz: H. P. Werbeverlag, Steubstraße 3, 86551 Aichach, Telefon (0 82 51) 5 11 00

Druck: LestiDruck, Kirchenstraße 9, 85250 Altomünster, Telefon (0 82 54) 83 34, E-Mail: lesti-druck@t-online.de

Große Vielfalt:

BdV-Landesverband besucht Museen und Einrichtungen Reise weckt Interesse bei schwäbischen Abgeordneten



Gruppenbild bei der SL-Heimatsube und MBE-Beratungsstelle in Aichach.

Nach der ausgesprochen positiven Reaktion aus den Kreisen der Teilnehmer an der ersten BdV-Informationsfahrt zu Einrichtungen nach Paragraph 96 Bundesvertriebenengesetz im Jahr 2021 war es klar, dass es baldmöglichst einen „Nachfolger“ geben wird. Nach der zwangsweisen Pandemie-Pause war es vom 28. bis 30. Oktober wieder so weit, dass Mitglieder des

Landesvorstandes und einige Landesvorsitzende aus dem Kreis der Landsmannschaften sich aufmachten, um entsprechende Objekte, vorwiegend in Schwaben, zu besuchen. Für den reibungslosen Ablauf hatte die neue BdV-Landesgeschäftsführerin Stefanie Sander-Sawatzki gesorgt. Eingeplant hatte sie auch Begegnungen mit ihren Vorgängern Dr. Sebastian Sparwasser und der im Mutterschaftsurlaub befindlichen Susanne Sorgenfrei.

Erster Anlaufpunkt war die Migrationsberatungsstelle für erwachsene Zuwanderer, die der BdV-Landesverband in Aichach unterhält. Untergebracht ist diese in der Sudetendeutschen Heimatsube, die nach wie vor auch von der Landsmannschaft mitgenutzt wird. Während MBE-Beraterin Julia Deibel von ihrer Tätigkeit berichtete, bezeichnete SL-Ortsobmann Gert-Peter Schwank die gemeinsame Nutzung des von der Stadt Aichach zur Verfügung gestellten Raumes als „Win-Win-Situation“. Aichachs Bürgermeister Klaus Habermann drückte in einem kurzen Grußwort seine Freude über die Beratungsstelle aus. Das gute Miteinander von SL und BdV wurde auch durch ein kleines Frühstücksbuffet sichtbar, das die MBE-

Beraterin und fleißige SL-Damen mit guten Backwaren bereichert hatten. Die Heimatsube Reichenberg in Augsburg bildete die zweite Station der Reise. In drei Räumen geben Trachten und weitere Textilien, Bücher, Dokumente, Fotos, Handwerksgeräte, Erinnerungsstücke, Gemälde und Grafiken einen Einblick in die kulturelle, soziale und wirtschaftliche Situation der Stadt Reichenberg in Nordböhmen und ihrer Umgebung vor der Vertreibung der deutschen Bevölkerung. Ihr angeschlossen ist ein Archiv, das Bestände aus dem ehemaligen Stadtarchiv Reichenbergs (Liberec) und seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ergänzende Archivalien enthält. Die Bibliothek mit über 1.500 Bänden heimatkundlicher Literatur verwahrt auch etliche Ortschroniken aus Nordböhmen. Im Jahre 1974 gab der Heimatkreis Reichenberg ein Heimatbuch heraus. Aus der Patenschaft über den Heimatkreis entwickelte sich mit deren starker Unterstützung seit 2001 eine Partnerschaft Augsburgs mit dem heutigen Liberec.

Als „lebendiges Geschichtsbuch“ präsentierte der 1933 in Hermannsthal (Jeřmanice) bei Reichenberg (Liberec) geborene Rudolf Simm in einem mit Bildern unterstützten Vortrag die Geschichte Reichenbergs. Seit vielen Jahren ist der frühere Physiklehrer die „gute Seele“ des Heimatkreises und leitet ehrenamtlich das „kleinste Museum Augsburgs“. In Vertretung der erkrankten Oberbürgermeisterin Eva Weber überbrachte in seiner Eigenschaft als Stadtrat, CSU-Landtagsabgeordneter Andreas Jäckel die Grüße der Fuggerstadt. Begleitet wurde er von Bezirksrätin Annemarie Probst (Bündnis 90/Die Grünen) und BdV-Kreisvorsitzenden Dr. Hella Gerber.

Im Sitzungssaal des Gemeinderates präsentierte am späteren Nachmittag der frühere Landesgeschäftsführer des BdV, Dr. Sebastian Sparwasser, den Markt Pfaffenhofen an der Roth. Dort wurde er 2020 als gemeinsamer Kandidat von CSU und SPD zum hauptamtlichen Bürgermeister gewählt. Verbunden ist er mit dem BdV auch heute noch durch seine Tätigkeit als stellvertretender Landesvorsitzender der



MBE-Beraterin Julia Deibel. Fotos: S. M.



Mit Herzblut im Reichenberger Museum: Rudolf Simm. BdV Fest in Augsburger Kommunalpolitik verankert, von links BdV-Landesvorsitzender und Landrat a.D. Christian Knauer, BdV-Kreisvorsitzende und Stadträtin Dr. Hella Gerber, Landesvorstandsmitglied und Bezirksrätin Annemarie Probst und BdV-Bezirksvorsitzender und Stadtrat Andreas Jäckel, MdL.

Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn. Nach einer Kirchenbesichtigung mit Ortpfarrer Pater Jonas Schreyer vom Prämonstratenser-Orden genoss man in geselliger Runde das Abendessen in der Römer-Taverne.

Erste Station des zweiten Tages war das Donauschwäbische Zentralmuseum (DZM) in Ulm. Dieses wurde mit einer umfassenden Renovierung in den Jahren 2018 bis 2022 aktualisiert und modernisiert. Leitgedanke bei der Ausstellungskonzeption ist die Einbettung der Geschichte der Donauschwaben in den geografischen und historischen Zusammenhang des südöstlichen Europas. In einem historischen Rundgang werden wichtige Stationen do-

nauschwäbischer Geschichte vorgestellt: von der Auswanderung nach Ungarn über das Zusammenleben in Dörfern und Städten bis hin zu politischen Veränderungen im 20. Jahrhundert. Seit der Eröffnung hat sich das DZM aktiv in die deutsche und die südosteuropäische Museumslandschaft eingebracht und zahlreiche Projekte mit Partnerinstitutionen durchgeführt. In Ergänzung zu zahlreichen lokalen Heimatstuben der Donauschwaben, die meist von Heimatortsgemeinschaften betrieben werden, befasst sich die Einrichtung mit allen donauschwäbischen Siedlungsgebieten zwischen Budapest und Belgrad.

Begeistert zeigten sich die Besucher

nicht nur von der fachkundigen Führung, sondern auch dass ein Medienguide mit Schauspielszenen und Hintergrundinformationen in deutscher und englischer Sprache im Museum ausgeliehen werden kann. Die Donauschwaben und ihre Nachkommen leben heute weit verstreut: in den ehemaligen Siedlungsgebieten in Ostmittel- und Südosteuropa, in Deutschland und Österreich, aber auch in Brasilien oder den USA. Dort haben sie sich nach dem Krieg ein neues Leben aufgebaut. Ihre Erfahrungen aus unterschiedlichen Kulturen, ihre Kontakte und Sprachkenntnisse machen sie zu Vermittlern und Brückenbauern. Bei Besuchen in Deutschland ist das Museum in Ulm beliebter Anlaufpunkt.

Nach dem Besuch der Gedenkstätten zur Auswanderung mit den sogenannten „Ulmer Schachteln“ ging es weiter zum Isergebirgs-Museum in Neugablonz. Der Name Neugablonz steht für Modeschmuck und Glas. Gegründet wurde der Kaufbeurer Stadtteil mit seiner Schmuckindustrie von Heimatvertriebenen aus Gablonz an der Neiße (Jablonec nad Nisou) im nordböhmisches Isergebirge. Das Museum illustriert rund 400 Jahre deutsche Kultur und Industrie in Nordböhmen, die Vertreibung der Sudetendeutschen nach dem Zweiten Weltkrieg und den erfolgreichen Neubeginn am Beispiel der größten geschlossenen Vertriebenensiedlung Deutschlands. Es wurde im Jahr 2000 eröffnet und gründet sich auf die Sammlung des Gablonzer Archiv- und Museumsvereins und die



Kirchenführung durch Pater Jonas Schreyer mit dem früheren BdV-Landesgeschäftsführer und heutigen Bürgermeister Dr. Sebastian Sparwasser in Pfaffenhofen an der Roth.

Fotos: S. M.



Begeistert vom umfassend renovierten Donauschwäbischen Zentralmuseum in Ulm.

Ausstellung des Schmuck- und Industriemuseums Neugablonz.

Das Museum zeigt die Topographie des Isergebirges, die Besonderheiten seiner kulturellen Identität und seine wirtschaftliche Struktur (Textilindustrie, Glas- und Schmuckindustrie). Ein VW-Käfer Baujahr 1954 verweist auf den gebürtigen Isergebirgler Ferdinand Porsche. Durch das Museum führen die Stimmen von drei gebürtigen Isergebirglern: Heinz Kleinert (Mundartdichter), Otfried Preußler (Schriftsteller) und Claus Josef Riedel (Glasfabrikant). Der Museums-Rundgang führt den Besucher durch fünf Räume auf zwei Stockwerken, in denen die Geschichte der Deutschen im Isergebirge, ihre Kultur, ihr Alltag, ihre Industrie und ihr Schicksal lebendig werden. CSU-Bundestagsabgeordneter Stephan Stracke ließ es sich nicht nehmen, die Besuchergruppe in seiner Heimatstadt willkommen zu heißen. Am Beispiel von Neugablonz ließen sich am besten die Aufbauleistungen der Heimatvertriebenen und deren Integrationswillen ablesen.

Im Klosterbräu Irsee gab es ein Wiedersehen mit der im Mutterschaftsurlaub befindlichen BdV-Landesgeschäftsführerin Susanne Sorgenfrei. Zudem konnte sie einen besonderen Glückwunsch ihres Chefs entgegennehmen, war sie doch am Vormittag zur Direktkandidatin der SPD für die kommenden Landtagswahlen nominiert worden. Es wäre schön, so Knauer, wenn sich die Landesgeschäftsstelle erneut als „Kaderschmiede“ für politische Karrieren herausstellen würde. Auf große parlamenta-

rische Erfahrung konnte der vertriebenenpolitische Sprecher der Landtagsfraktion der Freien Wähler, Bernhard Pohl, als weiterer Gast des Abends verweisen. Er versicherte für seine Fraktion den Landsmannschaften und ihrem Dachverband verlässliche Solidarität. Sichtlich erfreut waren die Reisenden von der Diskussionsfreudigkeit des Abgeordneten. Oberbayerns Bezirksvorsitzender Paul Hansel stellte mit Freude fest: „Dem Abgeordneten hat es bei uns offenbar sehr gut gefallen!“

Das Sonntagsprogramm wurde durch den Besuch des Stadtmuseums der Vertriebenenstadt Geretsried eingeleitet. Für seine hervorragende Qualität war es 2020 mit einer Ehrengabe zum BdV-Kulturpreis ausgezeichnet wor-

den. Das im Herbst 2013 eröffnete Museum umfasst die Sammlungsbestände des ehemaligen Heimatmuseums und nimmt seine Besucher mit auf eine spannende Reise durch die bewegte Geschichte der Stadt. Sie startet mit einem Einblick in die Anfangsjahre der Kommune und beleuchtet zunächst ihre Entwicklung von der Schwaige Geretsried bis zur Gemeindegründung 1950. In den Kapiteln „Rüstungsbetriebe/Zweiter Weltkrieg“ werden die Schrecken des Dritten Reiches und die Bedeutung der beiden Rüstungsbetriebe DAG (Dynamit Aktiengesellschaft) und DSC (Deutsche Sprengchemie) thematisiert sowie das Thema „Flucht und Vertreibung“ anschaulich dargestellt.

Nach der Ankunft der Heimatvertrie-



Donau- und Banater Schwaben bei der einstigen Ablegestelle der „Ulmer Schachteln“, von der die Besiedelung des Donaupraumes durch ihre Vorfahren erfolgte.



Lebendiges Zeugnis von der Schmuck- und Glasindustrie in Gablonz an der Neiße: Das Isergebirgs-Museum in Neugablonz.

benen in Geretsried mussten diese, wie viele andere, oft jahrelang ein karges Leben in Holzbaracken fristen, wie es eine Inszenierung zeigt. Mit einem Blick zurück in die alte Heimat wird das Mitgebrachte dargestellt und ein Bogen vom Egerländer Instrumentenbau zum donauschwäbischen Weinbau, vom oberschlesischen Bergbau bis zum Urzelbrauchtum der Siebenbürger Sachsen gespannt. Einen beeindruckenden Abschluss

findet die Informationsfahrt mit dem Besuch des „Erinnerungsortes Badehaus“ in Wolfratshausen. Auch hier wird anschaulich die Geschichte von Waldram (früher Föhrenwald) gezeigt. Ab 1940 errichteten die Nationalsozialisten im Wolfratshausen Forst eine Mustersiedlung für Rüstungsarbeiter. Gegen Kriegsende führte hier der KZ-Todesmarsch aus Dachau vorbei. Dann wurde Föhrenwald zu einem Lager für jüdische „Displaced Persons“ (Heimat-

lose Juden), die den Holocaust überlebt hatten. Ab 1956 wurden meist katholische, kinderreiche Heimatvertriebene angesiedelt und der Ort in Waldram umbenannt. Bis heute finden sich hier Spuren dieser einzigartigen Migrationsgeschichte. Sie wird anschaulich und multimedial in dem neu errichteten Erinnerungsort Badehaus erzählt. Eine Bürgerinitiative hat das Gebäude vor dem Abriss gerettet und dort einen Ort der Erinnerung geschaffen.



Spurensuche nach ehemaligen Bunkern in Geretsried. Rechts: Führung durch das erstklassige Stadtmuseum.



Visite beim Erinnerungsort in Waldram (früher Föhrenwald) bei Wolfratshausen.

Solidarität:

BdV besucht Ukrainische Freie Universität Bildungseinrichtung darf auf Hilfe hoffen

Zu einem zweistündigen Informationsaustausch trafen sich Mitte Februar BdV-Landesvorsitzender Christian Knauer und dessen Stellvertreter, Josef Zellmeier, MdL, mit hochrangiger Vertreterin und Vertretern der Ukrainischen Freien Universität in deren Räumlichkeiten in der Barellstraße in München. Rektorin Prof. Dr. Maria Pryshlak dankte dem Vertriebenenverband für dessen Petitionen zur Wiederaufnahme der finanziellen Unterstützung für die Universität durch Bund und Freistaat. Beide Initiativen seien zur Erfüllung der durch den russischen Überfall auf die Ukraine ausgelösten neuen Aufgaben von größter Bedeutung. In besonderer Weise würdigte sie die fortwährende Unterstützung des BdV-Landesvorsitzenden für die Hochschule. Wie nur wenige, engagiere sich dieser für die UFU. „Dies ist für uns alles andere als selbstverständlich und dies wissen wir hoch zu schätzen“, so Prof. Dr. Pryshlak. Die Universität hatte Christian Knauer bereits im Januar 1999 für dessen Verdienste die Würde eines Ehrensenators verliehen.

Die ursprünglich 1921 in Prag gegründete Exil-Universität der Ukraine, die seit 1945 ihren Sitz in München hat, werde derzeit von auf der Flucht befindlichen ukrainischen Studentinnen und Studenten „geradezu überrannt“. Wegen der Zerstörung der ukrainischen Universitäten, vor allem im Osten des Landes, sei die UFU für viele Studierende die einzige Anlaufstelle, um in ihrer Muttersprache begonnene Studien weiterzuführen. An den drei Fakultäten (Philosophie, Staats- und Wirtschaftswissenschaften und Ukrainistik) arbeiten derzeit 103 Professoren, Dozenten und emeritierte Professoren sowie 25 externe Gastdozenten und Lehrbeauftragte. Der Großteil der Lehrenden stammt aus Nordamerika, Europa und der Ukraine. Konnte die Einrichtung bis 1996 auf finanzielle Unterstützung durch die Bundesrepublik und bis 2006 durch den Freistaat Bayern zählen, unterblieb die Förderung anschließend wegen des Zerfalls der ehemaligen Sowjetunion und der Selbstständigkeit der Ukraine. Bis heute finanziert sich die private Hoch-



Konstruktiver Informationsaustausch zwischen BdV und UFU. Von links: Josef Zellmeier, MdL, BdV-Landesvorsitzender Christian Knauer, Kanzler Dmytro Shevchenko, Rektorin Prof. Dr. Maria Pryshlak, Universitätsbeirat Dieter Rippel und Lehrbeauftragter Peter Hilkes.
Foto: S. M.

schule durch Studiengebühren und Spenden.

Um die Situation der verzweifelten ukrainischen Studentinnen und Studenten zu verbessern, hatte das bayerische Wissenschaftsministerium im April 2022 für das laufende Wintersemester 100.000 Euro zur Verfügung gestellt. Dadurch konnte die Studierendenzahl verdoppelt werden. Weiter hat ein Münchener Unternehmen der UFU in einem ihrer Gebäude 1.000 Quadratmeter Nutzfläche kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Technik für den Hybrid-Unterricht konnte mit einer Spende von Herzog Franz von Bayern ausgebaut werden. Die Landeshauptstadt sponserte rund 400 Laptops für die IT-Abteilung, Microsoft die MS-Office-Lizenzen für alle Studierenden. Die Technische Universität München unterstützt bei der Installation der neuen Technik in die Vorlesungsräume. Trotz all der Hilfe befinden sich immer noch bis zu 150 Personen auf der Warteliste der Universität.

Um den Betrieb auch in den kommenden Semestern bedarfsgerecht durchführen zu können, hofft die Universität auf eine jährliche staatliche Unterstützung in Höhe von etwa 270.000 Euro. Damit könnten auch in Forschung und Lehre anteilig Personen engagiert werden, um der höheren Stu-

dentenzahlen gerecht zu werden. Dass diese Wünsche in Erfüllung gehen, erhofft sich die Universitätsleitung durch die Behandlung der Petitionen des BdV im Land- und Bundestag. Durch den Schritt des Vertriebenenverbandes hätten bereits eine beachtliche Anzahl von Bundes- und Landtagsabgeordneten ihr Interesse für die UFU gezeigt, so die Rektorin. Daher war es für sie eine große Freude, dass die Vertreter aller Landtagsfraktionen die Petition nach ihren Beratungen „zur Würdigung“ an die Staatsregierung überwiesen haben.

Dass der Gesprächsabend zu einem Schub für die Umsetzung der Anliegen der UFU führen könnte, darauf lässt die Ankündigung des Vorsitzenden des Haushaltsausschusses im Bayerischen Landtag, Josef Zellmeier, MdL, schließen. Er will sich zeitnah mit dem Vorsitzenden des Wissenschaftsausschusses Robert Brannekämper (CSU), dessen Stellvertreter Dr. Wolfgang Heubisch (FDP), den vertriebenenpolitischen Sprechern der Fraktionen von SPD und Freien Wählern, Volkmar Halbleib und Bernhard Pohl, der Grünen-Abgeordneten Verena Osgyan und Wissenschaftsminister Markus Blume, MdL, an einen Tisch setzen, um die Möglichkeit für ein Hilfspaket für die UFU zu schnüren.

S. M.

Erfolgreiche Petition:

Ukrainische Freie Universität erhält Hilfe durch Ausschuss im Bayerischen Landtag

Dass es der BdV Bayern im Hinblick auf seine Solidarität mit der Ukraine nicht nur bei Worten belässt, hat sich in seiner Eingabe an den Bayerischen Landtag mit der Bitte um Wiederaufnahme der Förderung der Ukrainischen Freien Universität München (UFU) durch die Bundesrepublik Deutschland und den Freistaat Bayern gezeigt. Einstimmig hat sich der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst nunmehr dafür ausgesprochen, diesem Anliegen Rechnung zu tragen. Unter Vorsitz von Robert Brannekämper (CSU) überwies der Landtag die Petition zur Würdigung an die Bayerische Staatsregierung.

In der Beratung hatten sich zuvor die beiden Berichterstatter Alex Dorow (CSU) und Verena Osgyan (GRÜNE) für das BdV-Anliegen eingesetzt. Alex Dorow skizzierte zunächst sehr ausführlich den Inhalt der Eingabe und bezeichnete das Anliegen des BdV als durchaus berechtigt. Eine regelmäßige staatliche Förderung könne allerdings nicht in Betracht kommen, da es sich bei der UFU um eine staatlich nicht anerkannte Bildungseinrichtung in privater Trägerschaft handele. Sie sei nicht mit staatlichen Hochschuleinrichtungen vergleichbar. Ihr Betrieb beruhe auf einer Genehmigung aus dem Jahr 1950, die aufgrund einer Sonderregelung aus Bestandschutzgründen im Bayerischen Hochschulgesetz fortgesetzt würde. Private Bildungseinrichtungen erhielten im Freistaat generell keine staatliche Förderung. Die organisatorische und finanzielle Verantwortung übernehme der private Träger, im Falle der UFU, der Verein Freunde der Ukrainischen Freien Universität.

Das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst habe dem Trägerverein bereits auf Antrag eine Zuwendung in Höhe von 100.000 Euro für das Sommersemester 2022 und das Wintersemester 2022/2023 bewilligt. Bei dem Zuschuss handele es sich allerdings um eine einmalige Projektförderung als Nothilfemaßnahme für aus der Ukraine nach München geflohene Studenten. Diese einmalige Förderung stehe dem Grundsatz, dass nicht staatliche Bildungseinrichtungen keine

staatliche Förderung erhielten, nicht entgegen. Die gewährten Mittel dienten nicht der Unterstützung der Einrichtung als solcher, sondern der Ausweitung des Studienangebots zur Bewältigung der infolge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine zu erwartenden steigenden Studierendenzahlen.

Angesichts der komplexen Lage und des nachvollziehbaren Petitions plädierte der Redner aufgrund der außergewöhnlichen Sachlage für die Dauer des Kriegs und des daran anschließenden Wiederaufbaus der Ukraine die Gewährung weiterer Zuwendungen, wie sie bereits erfolgt seien, zu prüfen. Hier sei auch der in der Petition angesprochene Bund in der Pflicht. Verena Osgyan (GRÜNE) plädierte zunächst für eine „Berücksichtigung der Eingabe“ und bezeichnete die UFU als „Glücksfall für ukrainische Studierende, die ihr Studium nachvollziehbarerweise beenden wollten“. Zum Zeitpunkt der bereits gewährten Einzelzuwendung durch den Freistaat sei man von einem kurzen Krieg ausgegangen. Nun würde sich zeigen, dass dieser deutlich länger andauern und der sich daran anschließende Wiederaufbau des Landes mehrere Jahre in Anspruch nehmen werde. Die Studierendenzahlen hätten sich an der UFU drastisch erhöht und erhöhten sich kontinuierlich weiter. Insofern müsste eine mittelfristige Perspektive für Fördermöglichkeiten der UFU erschlossen werden, schließlich würden auch andere private Institute staatlich gefördert. Da der Petent lediglich den Eintritt in Gespräche fordere, könne man dies durchaus anregen.

Als Gast nutzte Rektorin Prof. Dr. Maria O. Pryshlak ihr eingeräumtes Rederecht, um ebenfalls auf die stark gestiegenen Studierendenzahlen sowie die Knappheit der Räumlichkeiten und finanziellen Mittel zu verweisen. Die ukrainischen Studierenden würden nach Erwerb ihres Studienabschlusses für Deutschland oder Bayern keine Bürde darstellen, da sie entweder vor Ort integriert würden und als Arbeitskräfte zur Verfügung stünden oder beim Wiederaufbau der Ukraine helfen würden. Neben der universitären Lehre

habe die UFU zudem ein Hilfszentrum eröffnet, in dem unter anderem traumatisierte Kinder und Mütter aufgenommen würden. Die finanziellen Mittel der UFU reichten aber für all diese Aufgaben bedauerlicherweise nicht aus.

Universitätsbeirat Dieter Rippl unterstrich die historische Bedeutung der UFU als einzige Exiluniversität der Ukraine, die 1921 nach Einmarsch der Roten Armee in Prag entstanden sei. 1945 seien die verbliebenen Studierenden und Professoren der an die Karls-Universität angeschlossenen UFU in Prag nach München umgesiedelt worden. Bis 1989 habe die UFU dem Ziel gedient, die Idee einer eigenständigen Ukraine aufrecht zu erhalten. In den letzten vier Jahren habe sich die Universität neu ausgerichtet. So sei zum Beispiel auf das Bologna-System umgestellt worden. Eine weitere Fortentwicklung der Universität und eine staatliche Anerkennung seien langfristige Ziele der UFU. Auch internationale Kooperationen mit anderen Bildungseinrichtungen würden intendiert. Insgesamt gehe es nicht nur um eine temporäre Förderung in den nächsten Jahren, sondern vor allem um die Ermöglichung eines Wiederaufbaus der Ukraine durch gut ausgebildete junge Fachkräfte.

Volkmar Halbleib (SPD) pflichtete der Mitberichterstatterin in Ausführung und Ergebnis bei und betonte nochmalig die historische Dimension der UFU und das Privileg Bayerns, eine solche Exiluniversität zu beherbergen. Insofern bedürfe es jetzt eines deutlichen Signals von Seiten Bayerns, die UFU in diesen besonderen Zeiten zu unterstützen.

Nachdem Alex Dorow bedauerte, dass eine Berücksichtigung der Eingabe rechtlich nicht möglich sei, schlug er vor, die Eingabe der Staatsregierung zur Würdigung zu überweisen. Dem pflichteten in kurzen Wortbeiträgen auch Dr. Wolfgang Heubisch (FDP), Verena Osgyan (GRÜNE) und Volkmar Halbleib (SPD) bei. Wichtig sei vor allem eine zügige Unterstützung. Schließlich schlossen sich bei der Abstimmung alle Ausschussmitglieder diesem Votum an.

Gemeinsamer Weg:

Landsmannschaft der Deutschen aus Russland und ukrainisches Konsulat klären Missverständnisse

Zu einem klärenden Gespräch über die Haltung des Bundes der Vertriebenen und der Landmannschaft der Deutschen aus Russland zum Überfall der Russischen Föderation auf die Ukraine, trafen sich Ende November der ukrainische Konsul Dmytro Shevchenko mit BdV-Landesvorsitzenden Christian Knauer, der Landesvorsitzenden der Landmannschaft der Deutschen aus Russland, Valentina Wudtke, ihrer Kollegin von den Donauschwaben, Evi Hübner, und dem Vorstandsmitglied des Trägervereins „Kulturzentrum der Deutschen aus Russland e. V.“, Albina Baumann. Als weitere Gäste hatten sich der Direktor des Hauses des Deutschen Ostens, Prof. Dr. Andreas Weber, und der Leiter des Büros der Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene, Dr. Matthias Lill, im Konferenzraum des Hauses des Deutschen Ostens eingefunden.

Unmittelbarer Anlass für die Zusammenkunft waren kritische Anmerkungen des Konsuls vom Frühjahr über „eine unklare Haltung der Landmannschaft der Deutschen aus Russland und des Bayerischen Kulturzentrums der Deutschen aus Russland in Nürnberg“ zum Krieg in seinem Land. Relativ rasch gelang es dann aber, jedweden Zweifel hierzu zu zerstreuen. Anhand einer umfassenden Dokumentation einschlägiger Resolutionen, Erklärungen oder Veröffentlichungen in

Publikationen wurde deutlich, dass sich der BdV und die Landmannschaft seit Beginn des Angriffskrieges klar auf die Seite der Ukraine gestellt und den Krieg wiederholt als „völkerrechtswidrig“ gebrandmarkt haben. Außerdem verwiesen die Verbandsvertreter auf zahlreiche humanitäre Hilfsaktionen für die Menschen in der Ukraine und für ihre nach Deutschland geflüchteten Landsleute. Ihre Darlegungen waren schließlich so überzeugend, dass sich Shevchenko kurzerhand für seine Zweifel entschuldigte und den Dank seiner Landsleute für die Hilfeleistungen aussprach. Umstritten blieb dagegen die Rolle des Nürnberger Kulturzentrums, das sich offenkundig in einer schwierigen Situation befindet. Ein gewisses Maß an Zurückhaltung sei darauf zurückzuführen, seine Ansprechpartner in Russland nicht unnötig weiter in Gefahr bzw. die grenzübergreifende Kulturarbeit nicht vollständig zum Erliegen zu bringen.

Um Verständnis warben Valentina Wudtke, Albina Baumann und BdV-Gastgeber Christian Knauer für die Namensbezeichnung der Landmannschaft der Deutschen aus Russland. Mit Russland sei nicht der Staat Putins, sondern das einstige zaristische Russland gemeint. Dies sei oftmals nicht nur in Deutschland bekannt, sondern vor allem fehle das Bewusstsein hierüber in der Ukraine. Deshalb komme es, so Consul Shevchenko, auch immer

wieder zu Missverständnissen in seinem Land. Dort werde derzeit alles, was die Bezeichnung „Russland“ im Titel führt, mit Putin und der von ihm ausgelösten Aggression verbunden. Um hier entgegenzuwirken einigte man sich darauf, baldmöglichst auf den Internetseiten der Landmannschaft einen entsprechenden mehrsprachigen Hinweis anzubringen.

Für den ukrainischen Konsul gehörte der durchwegs erfolgreich verlaufene Gesprächstermin zu dessen letzten Amtshandlungen, da er ab Januar seine neue Tätigkeit als Kanzler der Ukrainischen Freien Universität in München aufgenommen hat. Mit der weltweit einzigen ukrainischen Diaspora-Hochschule arbeitet auch der BdV seit Jahren immer wieder punktuell zusammen. Von daher war es gut, dass Dmytro Shevchenko Missverständnisse aus dem Weg schaffen und damit die Basis für eine weitere Kooperation mit dem BdV festigen konnte. S. M.

Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“

Spendenkonto:

Deutsche Bank AG
DE76 3807 0024 0317 1717 00

BIC: DEUTDEDB380



Klärendes Gespräch zur Haltung der Landmannschaft der Deutschen aus Russland und ihres Kulturzentrums in Nürnberg. Von links: Dr. Matthias Lill, LdDR-Landesvorsitzende Valentina Wudtke, Consul Dmytro Shevchenko, Albina Baumann vom Trägerverein, BdV-Landesvorsitzender Christian Knauer und Landesvorstandsmitglied Evi Hübner.

Fotos: S. M.

Klare Ansage:

Landsmannschaft der Deutschen aus Russland verurteilt Krieg und ruft zu Spenden auf

In den letzten Monaten wurde immer wieder der Versuch unternommen, der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland zu unterstellen, keine klare Haltung zum Angriffskrieg der Russischen Föderation auf die Ukraine eingenommen zu haben. Ein „Faktencheck“ belegt das Gegenteil. Der Blickpunkt versucht durch den Abdruck von Passagen aus den monatlichen Schreiben des Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft, Johann Thießen, an die Mitglieder und Freunde der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, dies zu untermauern.

Bereits im März, als das Ausmaß des Krieges noch nicht endgültig absehbar war, hat der Bundesvorsitzende klar Stellung bezogen. Der Blickpunkt druckt dieses Schreiben nachstehend im Wortlaut ab:

„Am 24. Februar ist das Unvorstellbare eingetreten: Russlands Regierung hat die Ukraine angegriffen. Es herrscht Krieg, mitten in Europa, direkt vor unserer Haustür. Als Landsmannschaft fühlen wir uns sehr betroffen, denn unsere Mitglieder kommen sowohl aus Russland als auch aus der Ukraine. Wir sind zutiefst erschüttert darüber, dass durch politische Machtspiele ein Keil zwischen die beiden Länder und die Menschen getrieben wird. Als Landsmannschaft der Deutschen aus Russland und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion verurteilen wir aufs Schärfste jegliche Art von militärischer Auseinandersetzung und Gewalt gegen die zivile Bevölkerung. Wir dürfen nie vergessen, welches Leid uns die beiden Weltkriege im 20. Jahrhundert gebracht haben! Unsere Vorfahren haben in der Sowjetunion als Deutsche durch Repressionen und Deportationen unsäglich leiden müssen. Wir erinnern uns noch gut daran, welche Schäden und Traumata der Hass anrichten kann. Wir wissen, welche verheerenden Folgen die Gewalterfahrungen noch für die folgenden Generationen haben können. Ein Krieg bringt immer Leid, Tod, Zerstörung und schürt noch mehr Hass. Im Krieg gibt es keine Gewinner, sondern immer nur Verlierer.

Ein Krieg trifft immer die Schwäch-

sten: die Kinder, die Frauen, die älteren Menschen. Wir treten für die Interessen und Anliegen der in der Ukraine verbliebenen und lebenden Deutschen ein, die nun einer akuten Lebensgefahr ausgesetzt sind. Bereits am ersten Tag des Krieges veröffentlichte Dr. Bernd Fabritius, der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, eine Pressemitteilung, in der ein Härtefallverfahren für alle deutschen Spätaussiedlerbewerber aus der Ukraine zugesagt wird. Die Bundesregierung sichert die Prüfung der Aufnahme unmittelbar in Friedland zu.

Viele Frauen und Männer versuchen gerade sich und ihre Familien aus dem Kriegsgebiet zu retten. Die wehrfähigen Männer dürfen laut Berichten das Land leider nicht verlassen und werden zum Kriegsdienst eingezogen. Frauen, Kinder und alte Menschen müssen alleine fliehen. Sie brauchen dringend unsere Hilfe und Unterstützung! In diesen schwierigen Zeiten dürfen wir die Menschen nicht im Stich lassen! Wir stehen in einem ständigen Kontakt zu den Selbstorganisationen von Deutschen in der Ukraine. Die Menschen vor Ort und auch diejenigen, die sich gerade auf der Flucht befinden, brauchen dringend unsere Hilfe. Gemeinsam mit anderen Organisationen möchten wir Spendengelder für die Deutschen aus der Ukraine und ihre Angehörigen sammeln. Um eine Direkthilfe leisten zu können, werden dringend und kurzfristig Geldspenden benötigt. Diese werden ohne Abzug direkt zur Unterstützung von unseren Landsleuten, die sich auf der Flucht vor dem Krieg befinden, eingesetzt. Daher möchten wir alle um Spenden bitten! Lasst uns Frauen, Kindern und alten Menschen, die von diesem schrecklichen Krieg betroffen sind, gemeinsam helfen.

Die Spenden können Sie auf das extra dafür eingerichtete Konto des BdV überweisen. Der Krieg in der Ukraine liefert wieder jede Menge Stoff für Fake-News, die nun massenhaft in Umlauf gebracht werden. Wir appellieren an Sie, nicht unbedacht mit Informationen umzugehen und sich nicht auf hetzerische Stimmungen einzulas-

sen. In dieser schwierigen Situation ist es von großer Bedeutung, trotz allem, zwischen Staat/Politik sowie dem Land und den Menschen zu unterscheiden. In den letzten Tagen sind in der Russischen Föderation abertausende Menschen auf die Straße gegangen, um gegen den Krieg in der Ukraine zu protestieren. Auf der ganzen Welt solidarisierten sich die Menschen mit der ukrainischen Bevölkerung. Das zeigt ganz deutlich, dass wir, die Zivilgesellschaft, diesen Krieg weder wollen noch brauchen! Wir wünschen uns eine friedliche Zukunft in Europa und auf der ganzen Welt: Für uns und vor allem für unsere Kinder. Unsere Gedanken und Gebete sind jetzt bei den Menschen in der Ukraine.“

Im April beginnt der Bundesvorsitzende sein Anschreiben mit den Sätzen: „Wie gern würde ich meinen Beitrag mit guten Nachrichten oder erfreulichen Worten beginnen. Doch während dieser Text entsteht, tobt in der Ukraine leider immer noch der Krieg. Als Landsmannschaft der Deutschen aus Russland sind wir zutiefst bestürzt über die schrecklichen Ereignisse und Entwicklungen – nicht nur in der Ukraine, sondern auch in Russland. Die Bilder des Grauens aus Butscha, Mariupol, Charkiw und vielen anderen Städten der Ukraine, aber auch von den Zuständen in Russland brechen uns das Herz und reißen bei vielen unserer Landsleute, die als Kinder die Schrecken des Krieges und der Flucht, die dunklen Zeiten der Repressionen und Diskriminierung erlebt haben, alte Wunden auf. Viele von uns haben Freunde und Verwandte in der Ukraine und in Russland. Schmerzerfüllt und hilflos müssen wir diesen Tragödien, der zunehmenden Angst und dem unsäglichem Leid zusehen.“

Im Mai heißt es dort: „Vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine setzt die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland gegenwärtig alle ihre Kräfte ein, um den davon betroffenen Menschen zu helfen: Nicht nur denjenigen, die in den Kriegsgebieten ausharren müssen, sondern auch denjenigen, die in Deutschland eine Zuflucht suchen. Zu diesem Zweck wurde ein starkes Netz-

werk aufgebaut, das von unseren ehrenamtlichen Mitarbeitern in unseren über einhundert Gliederungen auf regionaler und Bundesebene sowie den hauptamtlichen Mitarbeitern in den Projekt- und Migrationsberatungsstellen der Landsmannschaft getragen wird. Um unsere Arbeit in diesem Bereich stärken zu können, wurde zusätzlich eine Koordinierungsstelle eingerichtet. Diese wird seit dem 15. April von Eugenie Frank betreut, die über die nötigen sachlichen und sprachlichen Kompetenzen sowie das nötige Einfühlungsvermögen verfügt. Wir danken der Bundesregierung für die Ermöglichung dieser Projektstelle und freuen uns, damit vielen Menschen aus der Ukraine, die bei uns in Deutschland eine Zuflucht suchen, nun besser helfen zu können.“

Noch deutlicher wird der Vorsitzende in seinem Juni-Rundschreiben: „Ich selbst habe niemals einen Krieg erlebt, weiß aber aus Erzählungen älterer Landsleute, welche Schrecken damit verbunden sind. Ich bin daher der festen Überzeugung, dass es niemals einen Grund geben kann, ein anderes Land mit Waffengewalt anzugreifen und den Tod von Hunderttausenden zu verursachen. Wer dennoch den Krieg Putins gutheißt, verrät alle Werte der Menschlichkeit und macht sich zum Mittäter. Doch leider müssen wir inzwischen zur Kenntnis nehmen, dass weder diesem Krieg noch den Men-

schen – auch hier in Deutschland! – die ihn gutheißt, mit Worten allein beizukommen ist. Wir unterstützen daher den Beschluss der Bundesrepublik und anderer Länder, die Ukraine mit Waffen zu unterstützen.“

Im Juli geißelt Bundesvorsitzender Johann Thießen die russische Aggression mit folgenden Worten: „Kein vernünftig denkender und einfühlsamer Mensch kann wirklich verstehen, warum die Russische Föderation seit Monaten ihren Krieg gegen die Ukraine führt. Keiner kann rechtfertigen, dass dem Machtstreben eines Despoten Menschen zum Opfer fallen und ihrer Existenz beraubt werden. Sämtliche Staaten, in denen Freiheit und Menschenwürde etwas gelten, haben ihr vernichtendes Urteil bereits gefällt. Und auch wir als Deutsche aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion wissen entweder aus eigener Erfahrung oder aus den Erzählungen unserer Eltern und Großeltern, was ein Leben unter diktatorischen Verhältnissen bedeutet. Wir stehen deshalb selbstverständlich auf der Seite aller demokratischen Kräfte in diesem Land, die klar zum Ausdruck gebracht haben, dass sie die russische Aggression aufs Schärfste verurteilen, und sich auf die Seite der Ukraine gestellt haben.“

Deutliche Kritik übt Thießen im Herbst an einem Beitrag im Südwestrundfunk (SWR) unter dem Titel „Russlanddeutsche – unsere fremden Nachbarn“:

„So bedauerlich der Anlass auch ist, zeigt er doch ein weiteres Mal, wie wichtig die Aufklärungsarbeit unserer Landsmannschaft über die Deutschen aus Russland ist. Ich beziehe mich dabei insbesondere auf die Stellungnahmen zu einem Beitrag im Südwestrundfunk (SWR) unter dem Titel „Russlanddeutsche – unsere fremden Nachbarn? Bilanz einer schwierigen Integration“. Es ist nicht nur meiner Meinung nach durch nichts zu entschuldigen, dass in einer öffentlich-rechtlichen Sendeanstalt in völlig einseitiger und geradezu verleumderischer Weise über die Deutschen aus Russland berichtet wird, die längst bewiesen haben, dass sie in jeder Hinsicht ein Gewinn für die Bundesrepublik Deutschland sind. In dem Beitrag aber wird der Eindruck erweckt, als handle es sich bei ihnen um Menschen, die sich weigern, die deutsche Sprache zu lernen, um Menschen, die Putins Angriffskrieg rechtfertigen, und um Menschen, die am liebsten Populisten der Marke AfD auf den Leim gehen.

Für uns, die in der ehemaligen Sowjetunion am eigenen Leib verspüren mussten, was es bedeutet, ohne jeden Schuld diskriminiert und an den Pranger gestellt zu werden, sind derartige Beiträge besonders schmerzlich. Sie lassen jede Objektivität vermissen und drängen Menschen, die in ihrer großen Mehrheit längst hier angekommen sind, an den Rand der Gesellschaft.“

Bayern bleibt führend bei der Unterstützung für Vertriebene und Aussiedler

„Der Freistaat bleibt weiterhin führend, wenn es um die Anliegen der Heimatvertriebenen und Aussiedler, die Förderung ihrer Kulturarbeit und die wissenschaftliche Erforschung ihrer Geschichte und ihres Kulturerbes geht.“ So kommentiert Sylvia Stierstorfer, MdL, Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene, die Initiative der Regierungsfractionen, auch dieses Jahr zusätzliche Mittel für diesen Bereich bereitzustellen. Vor allem freut sie sich um die Aufstockung der Förderung für die erst im letzten Jahr eingerichtete Forschungsstelle zum Thema „Vertriebene als integraler Bestandteil Bayerns“ am Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung in Regensburg (IOS) um weitere 300.000 Euro. Damit

kann das Institut seinen Forschungsauftrag künftig um die Auseinandersetzung mit der Geschichte und Kultur auch der Aussiedler und Spätaussiedler erweitern.

Weiter ist der Umzug der Geschäftsstelle der Landsmannschaft der Karpatendeutschen aus der Slowakei und der Stiftung Karpatendeutsches Kulturerbe nach Bayern vorgesehen. Dafür und für weitere Projekte der Karpatendeutschen sind insgesamt 80.000 Euro angedacht. Einen großen Beitrag zur Verständigung zwischen Bayern und Tschechien leistet seit jeher auch das „Centrum Bavaria Bohemia“. Dessen Projekt „Lernort Europa“ soll Lehrer und Schüler im Rahmen einer Denkfabrik grenzüberschreitend zusammenführen und so eine nachhaltige Part-

nerschaft begründen. Dafür werden zusätzlich 300.000 Euro bereitgestellt.

Seit einigen Jahren vereint das „Badehaus Waldram“ nahe Wolfratshausen die Darstellung des Schicksals und der Geschichte der dort zeitweise ansässigen jüdischen „Displaced Persons“ und der später dort heimisch gewordenen Heimatvertriebenen. Erstere wurden während der Nazizeit als Zwangsarbeiter aus dem besetzten Ausland zum Arbeitseinsatz in der Rüstungsindustrie verschleppt.

Die dort gezeigte Ausstellung hat mittlerweile rund 12.000 Besucher angezogen und ist mehrfach ausgezeichnet worden. „Deshalb finde ich es großartig“, so die Beauftragte, „dass die Arbeit des Badehauses erneut mit 30.000 Euro gefördert wird“.

M. L.

Gelungener Auftakt:

Spitzentreffen von Bündnis 90/Die Grünen und BdV Nach Frühstück soll regelmäßiger Austausch folgen

Mit einer Einladung zum gemeinsamen Frühstück hatte die Vorsitzende der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Katharina Schulze, MdL, ihren Wunsch nach Fortsetzung des Dialogs mit dem Bund der Vertriebenen in Bayern unterstrichen. „Wir freuen uns sehr über den Besuch, uns ist sehr an einem regelmäßigen Austausch gelegen. Das heutige Gespräch mit dem BdV soll den Auftakt für einen regelmäßigen Meinungsaustausch bilden.“ Mit diesen Worten begrüßte die Politikerin am 24. Januar BdV-Landesvorsitzenden Christian Knauer, der mit seiner Stellvertreterin Herta Daniel und Landesschatzmeister Paul Hansel der Einladung ins Maximilianeum gefolgt war. Auch wenn das letzte Treffen mit der damaligen Fraktionsvorsitzenden Margarete Bause und dem geschäftsführenden Landesvorstand des BdV schon fast sechs Jahre zurücklag, waren die gegenseitigen Kontakte jedoch nie ganz abgebrochen. So war der BdV-Landesvorsitzende ein gern gesehener Gast bei der Verfassungsfeier der Fraktion in Herrenchiemsee oder bei der „Stallwächterparty“ in München. Erstmals wurde im vergangenen Jahr ein BdV-Vertreter offiziell zum Landesparteitag eingeladen und dort mit viel Applaus begrüßt.

Der Willen zum engeren Gedankenaustausch wurde in den letzten Monaten nicht nur durch die hochrangige Teilnahme der Fraktion an der Gedenkfeier für die Opfer von Flucht und Vertreibung in der Staatskanzlei deutlich. Neben der Vertriebenenpolitischen Sprecherin der Fraktion, Gülseren Demirel, waren im vergangenen Jahr auch Landtagsvizepräsident Thomas Gehring und der Parlamentarischer Geschäftsführer Jürgen Mistol der entsprechenden Einladung des Ministerpräsidenten gefolgt. Die dabei geführten Gespräche mit der BdV-Führung führten schließlich zu einem Besuch Mistols und Gehrings im Sudetendeutschen Museum, dem sich auch die unterfränkische Abgeordnete Kerstin Celina angeschlossen hatte. Letztere stand anschließend BdV-Landesvorstandsmitgliedern in deren Geschäftsstelle Rede und Antwort.



Konstruktives Gespräch beim Frühstück: Von links BdV-Landesvorsitzender Christian Knauer, dessen Stellvertreterin Herta Daniel, Landesschatzmeister Paul Hansel, Vertriebenenpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion, Gülseren Demirel, MdL, Fraktionsvorsitzende Katharina Schulze, MdL, und Kerstin Celina, MdL.

Text/Foto: S. M.

Seine Mitgliedschaft im Rundfunkrat nutzte BdV-Landesvorsitzender Christian Knauer über all die Jahre, um vor allem über die Landtagsabgeordneten Dr. Martin Runge, Verena Osgyan und Susanne Kurz Wünsche an die Fraktion zu einschlägigen Beratungen in den Landtagsausschüssen heranzutragen. So war es nicht verwunderlich, dass BdV-Landesvorsitzender Christian Knauer zu Beginn des Gesprächs feststellte, dass es mit Ausnahme von Hessen, wohl kaum ein anderes Bundesland gebe, in dem es seit Jahren ein konstruktives Bemühen beider Seiten gebe, sich über die Arbeit der Vertriebenenverbände und deren Anliegen auszutauschen. Einig war man sich beim Frühstück allerdings, dass „hier noch Vieles ausbaufähig“ sei.

Hierzu ist die Landtagsfraktion, so Schulze, bereit. Aus dem Stadium, dass der BdV bei den Grünen sich „in der Kiste Feind befinde, über den man eigentlich nichts weiß“, wie es vor über zwei Jahrzehnten die damalige Landesvorsitzende und heutige baden-württembergische Kultusministerin Theresa Schopper beim ersten Zusammentreffen von BdV und Grünen humorvoll bezeichnete, sei man längst

heraus. Der gemeinsame Kampf gegen einen stumpfen Nationalismus, gepaart mit Antisemitismus und Rassismus sowie das Eintreten für ein freiheitliches und demokratisches Europa bilde eine stabile Grundlage für den gegenseitigen Austausch.

Positiv angetan waren die BdV-Vertreter von der ausgesprochen guten Vorbereitung der Grünen-Politiker auf das Gespräch. Landesschatzmeister Paul Hansel zeigte sich nach dem Austausch über die gezielten Fragestellungen zu den BdV-Themen besonders erfreut. Auf großes Interesse stieß auch die Rentenproblematik der Aussiedler und Spätaussiedler. Fundiert konnte dabei die Ehrenvorsitzende der Siebenbürger Sachsen, Herta Daniel, auf einige Benachteiligungen im Fremdrentengesetz (FRG) mit der Folge drohender Altersarmut bei den Betroffenen hinweisen. Dabei erinnerte sie an die Kürzung der Entgeltpunkte (EP) aus FRG-Zeiten um ein Sechstel, die Deckelung der Anzahl der Entgeltpunkte (EP) aus FRG-Zeiten auf 25 bzw. 40 und die Einführung des Faktors 0,6 bei einem Rentenbeginn ab 1. Oktober 1996 durch das Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz

vom 25. September 1996. Dieser Faktor war mit Blick auf die damals sehr niedrigen „Ost-Renten“ nach der Wiedervereinigung für FRG-Renten, zur Vermeidung von sozialen Ungleichheiten eingeführt worden. Während bei den Ost-Renten eine Dynamisierung eingeführt wurde, die den Rentenwert bis 2024 auf 100 Prozent des Westniveaus ansteigen lässt, fehlt diese Dynamisierung bei den Altersrenten für ihre betroffenen Landsleute. So drohten bei den Renten nach dem FRG-Kürzungen von mehr als bis zu 50 Prozent, bezogen auf die individuelle Lebensarbeitsleistung.

Als unzulänglich bezeichnete sie den von der letzten Bundesregierung 2021 beschlossenen Härtefallfonds. Je eine Milliarde Euro sollten durch Bund und Länder zur Abmilderung von Härtefällen im Rentenrecht aus der Ost-West-Rentenüberleitung Spät-Aussiedlern und jüdischen Kontingentflüchtlings dienen. Diese Regelung

sei nunmehr von der neuen Bundesregierung völlig unzureichend umgesetzt worden. Zum einen seien die Bundesmittel um die Hälfte gekürzt, zum anderen die Länder aus der ursprünglich angedachten Pflicht zur Beteiligung entlassen worden. Andererseits gehörten zum Kreis der Anspruchsberechtigten nur Spätaussiedler (Aufnahme in Deutschland ab 1. 1. 1993) und nicht Aussiedler (Aufnahme in Deutschland bis zum 31. Dezember 1992). Obwohl rund 750.000 Spät-Aussiedler Rentenbezieher nach dem FRG sind, würden durch die eng gesetzten Bedingungen nur zirka 60.000 bis 70.000 von ihnen antragsberechtigt für die nunmehr geplante Einmalzahlung von 2.500 Euro sein.

Beklagt wurde von den BdV-Vertretern auch die Kürzung der Projektmittel auf Bundesebene. Bei den wenigen Mitteln, die bislang zur Verfügung standen, sei bereits der Rotstift angelegt worden. Dadurch seien viele pro-

jektgeförderte Institutionen in ihrer Existenz gefährdet. Kontakte und Beziehungen – Brücken in Europa –, die durch die Corona-Krise schon genug gelitten hätten, drohten endgültig zusammenzubrechen. Wenn man bedenke, dass die Kultur der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler ein Viertel der bundesdeutschen Gesellschaft tangiere, könne man von Seiten ihrer Verbände kein Verständnis hierfür aufbringen. Beunruhigt seien die Landsmannschaften auch durch die Ankündigung von Kulturstatsministerin Claudia Roth, die Grundsätze der Kulturförderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz überarbeiten zu wollen. Gerade die letzten beiden Punkte will die Fraktionsvorsitzende an Roth heranziehen. Sie plädierte dafür, anhand konkreter Informationen aus dem Ministerium weiterzudiskutieren. Zudem regte sie einen Meinungsaustausch des bayerischen BdV mit Claudia Roth, die aus Augsburg stamme, an.

Blankes Entsetzen:

Härtefallregelungen – instinktlos und unsozial Aussiedler und Spätaussiedler weiter benachteiligt

Als „instinktlos und unsozial“ hat BdV-Landesvorsitzender Christian Knauer die von der Bundesregierung im November beschlossene „Abmilderung von Härtefällen im Rentenrecht“ bezeichnet. Anstatt die mehrmaligen Kürzungen bei den Berechnungen der Altersrenten für Aussiedler und Spätaussiedler schrittweise zurückzunehmen, versuche man, einen Teil der Betroffenen mit einer Einmalzahlung von 2.500 Euro abzuspeisen. Die von der alten Bundesregierung 2021 geplante Ausgestaltung des Fonds war hinsichtlich der Leistungshöhe eine „Kompromisslösung“, die ebenfalls dem Schicksal wie der Lebensleistung der Betroffenen nicht wirklich entsprochen hätte. Der BdV werde weiterhin auf eine deutliche Nachbesserung der nunmehr beschlossenen Ausgestaltung des Härtefallfonds für Spätaussiedler, jüdische Kontingentflüchtlinge und Härtefälle aus der Ost-West-Rentenüberleitung drängen, auch um einem Abdriften von enttäuschten Landsleuten an die politischen Ränder aktiv und entschlossen entgegenzuwirken.

Auch BdV-Präsident Dr. Bernd Fabri-

tus hat Anfang Dezember in einer Presseerklärung deutlich gemacht, dass sich der BdV weiter dafür einsetzen werde, Generationengerechtigkeit im Rentenrecht für die Aussiedler und Spätaussiedler über die Rücknahme der Kürzungen im Fremdretenrecht zu erwirken. Ungerechte gesetzliche Regelungen, die den Weg in die Altersarmut zur Folge haben, gehörten abgeschafft. Die Kabinettsentscheidung stützt sich, so der BdV-Präsident, auf die Zustimmungen der jeweiligen Beauftragten der Bundesregierung für die Anliegen der Betroffenen. Sowohl die Beauftragte für die Anliegen der Spätaussiedler und deutschen Minderheiten, Natalie Pawlik, MdB, als auch jener für Ostdeutschland, Carsten Schneider, MdB, hätten der Mittelabsenkung durch das federführende Bundesministerium für Arbeit und Soziales zugestimmt.

Nach langen Debatten hatte 2021 die Regierung unter Angela Merkel den Härtefallfonds als Ausgleich für die niedrigen Renten und als Anerkennung der Lebensleistung auf den Weg angedacht. Durch die Bereitstellung eines Haushaltsbetrages von einer Milliarde

Euro als Anteil des Bundes und der Planung einer ebenso nachhaltigen Beteiligung der Länder beabsichtigte man einen Ausgleich für Härten in der rentenrechtlichen Eingliederung voranzubringen. Die neue Bundesregierung habe diesen Ansatz nunmehr völlig unzureichend durch eine untergesetzliche Übertragung der um die Hälfte gekürzten Bundesmittel in eine nichtrechtsfähige Stiftung des Privatrechts, gekrönt von der Entlassung der Länder aus der ursprünglich angedachten Pflicht zur Beteiligung, umgesetzt.

Mit ihrer Entscheidung hat die Ampelkoalition die Basis für eine würdige Regelung für den betroffenen oder begünstigten Personenkreis entzogen. Konnten die Betroffenen – nach den alten Plänen mit gleichwertiger Beteiligung der Länder – mit einer Ausstattung des Fonds in Höhe von rund zwei Milliarden Euro rechnen, so soll nunmehr eine halbe Milliarde ausreichen, um Nachteile zu mildern, die durch gesetzliche oder fehlende gesetzliche Regelungen erst entstanden sind. Zu beklagen ist zudem, dass neben jüdischen Kontingentflüchtlings und Ostrentnern, die durch die Rentenüberleitung

besonders benachteiligt sind, nur Spätaussiedler und nicht auch Aussiedler zu dem Kreis der Anspruchsberechtigten zählen. Als Aussiedler werden jene Vertriebenen bezeichnet, die bis zum 31. Dezember 1992 in Deutschland Aufnahme gefunden haben. Aber auch innerhalb der Gruppe der Spätaussiedler ist der Personenkreis nunmehr eingegrenzt. Der Anspruch soll nur erfüllt sein, wenn der Spätaussiedler bei Einreise das 50. Lebensjahr überschritten und vor dem 1. April 2012 in Deutschland Aufnahme gefunden hatte sowie am 1. Januar 2021 in Rente stand.

Die Umsetzung des Härtefallfonds soll eine beim Bundesarbeitsministerium noch zu errichtende Bundesstiftung übernehmen, in die der Bund die entsprechenden Mittel einzahlte. Innerhalb von drei Jahren soll dann die Auszahlung an die Betroffenen erfolgen. Wie in einer Presseerklärung der Bundesregierung zu lesen ist, müsse die gesetzliche Rente zudem „in Grundsicherungsnähe“ liegen, um einen Anspruch auszulösen. Das Antragsverfahren solle bis zum 30. September 2023 beendet sein. Die geplante Einmalzahlung in Höhe von 2.500 Euro solle somit zur Abmilderung von empfundenen Härten beitragen und die Lebensleistung anerkennen.

Nach Berechnungen der BdV-Bundesgeschäftsstelle könnten somit maximal 200.000 Menschen von der Neuregelung profitieren. Dabei rechnet man lediglich mit rund 60.000 berechtigten Spätaussiedlern, obwohl rund 750.000 Spätaussiedler Rentenbezieher sind und nur wenige ausreichend hohe Renten beziehen. Angesichts dieser Eckdaten wird diese Härtefallfondslösung zur Bekämpfung der Altersarmut unter den Spätaussiedlern kaum beitragen und durch die hohen Energiepreise sowie die aktuelle Inflation unbemerkt verpuffen. Außerdem bleibe die Gruppe der Aussiedler ausgeschlossen, obwohl auch diese von den Kürzungen im Fremdrentenrecht in den 1990er Jahren stark betroffen sind.

Auch wenn die Planungen der Bundesregierung, so Knauer, „völlig unzureichend“ seien, bleibt zumindest zu hoffen, dass ähnlich wie in der ursprünglichen Planung auch die Bundesländer zu einer Zusatzausstattung des Härtefallfonds beitragen. Hierfür räumt ihnen der Härtefallfonds bislang eine Frist bis zum 31. März 2023 ein. Eine Frist, die aufgrund der fortgeschrittenen Zeit und der hohen Erwar-

tungen an die Höhe der Zusatzmittel nicht haltbar erscheint, da die Länder an ihre eigene Haushaltsgesetzgebung gebunden sind. Daher wäre es der Sache zuträglich, wenn der Bund den Fonds offenhalten und Zustiftungen und Beteiligungen längerfristig möglich wären.

Es sei mehr als „schmerzlich und unsozial“, so BdV-Landesvorsitzender Christian Knauer, dass die vor 25 Jahren beschlossenen einschneidenden Kürzungen im Rentenrecht für Aus- und Spätaussiedler nicht abgebaut worden seien. Dadurch hätten sich Altersarmut und Abhängigkeit der Spätaussiedler von staatlichen Leistungen im Alter deutlich manifestiert, obwohl die Menschen langjährig beschäftigt waren, zum Wohlstand des Landes und zur Wirtschaftsleistung im hohen Maße beigetragen und für ihre Lebensleistung Respekt, Anerkennung und eine angemessene Versorgung im Alter verdient hätten. Die Absenkung um 40 Prozent, die Deckelung der Entgeltpunkte, die pauschale Kürzung der Kindererziehungszeiten sowie die Ausgrenzung der nichtdeutschen Ehepartner aus dem Rentenrecht seien die Hauptursachen der Altersarmut von Aussiedlern und Spätaussiedlern. Fast überall seien sie es selbst, die in den Familien die Hauptlast der finanziellen Versorgung im Alter tragen, weil ihre nichtdeutschen Ehepartner keine Anerkennung der Renten aus den Herkunftsgebieten erfahren würden. Hinzu komme, dass Aussiedler und Spätaussiedler lange Zeit, ebenfalls aufgrund politischer Versäumnisse, große Schwierigkeiten mit der Anerkennung ihrer Berufs- und Bildungsabschlüsse hatten und so auch keine ausreichende

rentenrechtliche Absicherung aufbauen konnten.

Enttäuscht über den Kabinettsbeschluss zeigte sich auch BdV-Vizepräsident und Bundesvorsitzender der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU, Egon Primas. „Mit diesem Beschluss kann keine der Zielgruppen dieses Härtefallfonds zufrieden sein, zumal er weit von einem sozialen Ausgleich entfernt ist. Er fällt eklatant hinter die von der letzten Koalition bereits beschlossenen Beträge zurück.“ Mit den Stichtagsregelungen würden große Teile der Aussiedler und Spätaussiedler aus der Regelung ausgeschlossen. Vor der Bundestagswahl seien Anerkennungszahlungen in Höhe von 10.000 Euro pro Fall im Gespräch gewesen. Zur Wahrheit gehöre auch, dass die neue Bundesregierung den Härtefallfonds gar nicht mehr umsetzen wollte.

Erst nach vehementen Forderungen der Bundestagsabgeordneten Ottilie Klein, Silke Launert sowie Christoph de Vries, habe die Ampel überhaupt eine Anerkennungsleistung für die Betroffenen beschlossen. Es mache fassungslos, dass die Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen, die selbst aus dem Personenkreis stammt, der Mittelkürzung durch die Bundesregierung und dem Ausschluss der Aussiedler aus der neuen Regelung ausdrücklich zugestimmt hat. Die Union stehe nach wie vor zur ihrem Regierungsprogramm zur Bundestagswahl 2021. Dort heiße es wörtlich: „Wir wollen Aussiedler und Spätaussiedler sowie jüdische Kontingentflüchtlinge besser stellen und rentenrechtliche Benachteiligungen beseitigen.“

Ehrungen bei SL Augsburg-Land



Im Rahmen eines nachmittäglichen Treffens der Sudetendeutschen Landsmannschaft Meitingen, Landkreis Augsburg, wurden Liane Degortes (Mitte) für ihre 50-jährige und Doris Celeste (rechts) für zehnjährige Mitgliedschaft bei der Landsmannschaft geehrt. SL-Kreisobmann Kurt Aue freute sich über deren Treue zur Landsmannschaft und rief dazu auf, durch die Werbung neuer Mitglieder für die Zukunftsfähigkeit des Verbandes zu sorgen. Ohne Landsmannschaften werde das ostdeutsche Kulturgut und die Geschichte der Heimatvertriebenen in Vergessenheit geraten. Mit dabei war auch Bezirksrätin Annemarie Probst. *Foto: J. S.*

Ostpreußische Landesvertretung: Stephan Grigat bleibt Sprecher der Landsmannschaft Brückenbau nach Königsberg bereitet Sorgen

Zum zweiten Mal in Folge tagte die Ostpreußische Landesvertretung (OLV) unter besonderen Umständen. Stand die letztjährige Sitzung des höchsten Beschlussorgans der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) noch ganz im Zeichen der Corona-Pandemie, so war die diesjährige Zusammenkunft Anfang November in Wuppertal vom Ukrainekrieg überschattet. Vor diesem Hintergrund fiel die Bilanz des „Nach-Corona-Neustarts“ der landsmannschaftlichen Arbeit gemischt aus. Daran erinnerten sowohl der Sprecher der Landsmannschaft, Stephan Grigat, in seiner Begrüßung als auch Pastor Herbert Jaksteit in seinem geistlichen Wort. Ein weiterer Umstand, der dieser Tagung ein besonderes Gewicht verlieh, war die anstehende Vorstandswahl.

Bevor es dazu kam, galt es, verdiente Ostpreußen mit dem Goldenen Ehrenzeichen der Landsmannschaft zu ehren. Die Auszeichnung ging an den stellvertretenden Sprecher der Kreisgemeinschaft Insterburg, Rainer Buslaps, und an den stellvertretenden LO-Sprecher Hans-Jörg Froese. Nach der Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Wahl eines Wahlausschusses gab Sprecher Grigat seinen Rechenschaftsbericht. So konnte die Landsmannschaft im südlichen Ostpreußen, im Memelland und in der Bundesrepublik wieder erfolgreich an die Vor-Corona-Zeit anknüpfen und zahlreiche Veranstaltungen durchführen. Im südlichen Ostpreußen waren es vor allem die Arbeitstagung für die ortsansässigen deutschen Vereine, die Sommerolympiade für ostpreußische Jugend und die Tagung für die mittlere Generation, in Memel das gemeinsam mit den Litauern gefeierte 770-jährige Stadtjubiläum.

Von den in der Bundesrepublik durchgeführten Veranstaltungen waren vor allem das kulturhistorische Seminar „Ostpreußen: Land – Geschichte – Kultur“, das Jahrestreffen in Wolfsburg, das historische Seminar „Stationen der ostpreußischen Geschichte“ und die Werkwoche für textile Volkskunst aus Ostpreußen zu nennen. Die Arbeit im Königsberger Gebiet kam jedoch vor dem Hintergrund des Ukrai-



Der neue Vorstand, von links Friedrich-Wilhelm Böld (Schatzmeister), Ulf Püstow (Beisitzer), Stephan Grigat (Sprecher), Hans-Jörg Froese (stellv. Sprecher), Brigitte Stramm (Beisitzerin), Tobias Kollakowski (Beisitzer).
Foto: PLB

nekrieges weitgehend zum Erliegen. Der Sprecher bedauerte, dass im Zuge der Sanktionen zahlreiche Verbindungen zwischen den Gliederungen der Landsmannschaft und ihren russischen Partnern im nördlichen Ostpreußen abgerissen seien. Allerdings wies er auch darauf hin, dass Russland den Krieg begonnen habe, ohne von der Ukraine provoziert worden zu sein. „Es fliegen russische Bomben auf ukrainisches Gebiet, nicht umgekehrt – es stehen russische Soldaten in der Ukraine, nicht umgekehrt und es sind ukrainische Menschen auf der Flucht, keine Russen“ so Grigat.

Gemischt fiel auch der Bericht des Chefredakteurs der Preußischen Allgemeinen Zeitung, René Nehring, aus. Zwar sei es in den vergangenen Jahren gelungen, der PAZ ein neues Aussehen zu geben sowie zahlreiche prominente Autoren und Interviewpartner zu gewinnen, doch sei es noch nicht gelungen, den Verlust der ostpreußischen Erlebnisgeneration durch den Zueginn neuer Leser ausreichend zu kompensieren. Um auch im Zeitalter der Digitalisierung bestehen zu können, werde die PAZ im kommenden Jahr verstärkt in das Online-Angebot investieren, ohne freilich die bewährte Druckausgabe zu vernachlässigen.

Nach den auf die Berichte folgenden Aussprachen traten die Delegierten in die Wahl des neuen Vorstandes ein. Mit Stephan Grigat als Sprecher, Hans-Jörg Froese als Stellvertreter, Friedrich-Wilhelm Böld als Schatzmeister sowie Brigitte Stramm und Uwe Püstow als Beisitzer wurden fast alle Vorstandsmitglieder in ihren Ämtern bestätigt. Neu in das Gremium gewählt wurde Tobias Kollakowski als Vertreter der ostpreußischen Jugend, der auf Tobias Link folgt.

Am Ende des ersten Sitzungstages setzten sich die Kreisvertreter der Heimatkreisgemeinschaften aus dem Königsberger Gebiet zusammen, um noch einmal ausführlich über ihre Erfahrungen mit den russischen Partnern in den vergangenen Monaten zu diskutieren. Dabei wurde in allen Wortmeldungen die Sorge deutlich, dass im Schatten des Krieges die Versöhnungsarbeit der letzten Jahrzehnte beschädigt werden könnte. Zugleich betonten aber auch alle Teilnehmer der Runde ihren Wunsch, es dazu nicht kommen zu lassen.

Am Folgetag gab der Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen, Wolfgang Freyberg, einen umfangreichen Überblick über die Arbeit seines Hauses.

R. N.

Zur Nachahmung empfohlen: Landmannschaft der Ost- und Westpreußen bewährt sich mit Schülerkulturaustausch als Brückenbauer

Dass sich die Landmannschaften in Bayern als aktive Brückenbauer zu ihren in der „alten Heimat“ lebenden Nachbarn bewähren, wurde im vergangenen Herbst wieder mehr als deutlich. Auf Einladung des bayerischen Landesverbandes der Landmannschaft der Ost- und Westpreußen weilten Schülerinnen und Schüler aus Neidenburg/Nidzica und Sensburg/Mragowo aus der Woiwodschaft Ermland-Masuren zu einem Kulturaustausch für einige Tage in Bayern. Nach 14-stündiger Busfahrt erreichte die polnische Schülergruppe mit ihren Lehrkräften Waldkraiburg, wo sie vom Landesvorsitzenden Christoph Stabe begrüßt und auf das dicht gedrängte kulturgeschichtliche Programm eingestimmt wurde. Schließlich sollte ihr ausreichend Gelegenheit gegeben werden, die Region und ihre Geschichte kennenzulernen.

Auch Waldkraiburgs Bürgermeister Robert Pötsch ließ es sich nicht nehmen, die Schüler persönlich zu begrüßen, bevor es zu einem Besuch von Wasserburg am Inn ging. Beeindruckt war die Gruppe danach von ihrem Besuch in der Landeshauptstadt. Als fachkundiger Reiseführer entpuppte sich hier Landesvorsitzender Christoph Stabe, der sicher zu den Sehenswürdigkeiten Münchens, unter anderem zum Schloss Nymphenburg, dem Rathaus am Marienplatz und dem Viktualienmarkt führte. Dabei gelang es ihm, die Aufmerksamkeit auch auf wichtige Denkmale zu lenken und auf deren historischen Beziehungen zu Ostpreußen

zu verweisen. Erinnert wurde bei der Stadtführung auch an das „Verlags-haus Gräfe und Unzer“, das vor 300 Jahren in Königsberg gegründet wurde. Auch an den Namensgeber des Unternehmens „Knorr-Bremse“, Ernst Theodor Georg Knorr, der am 19. Oktober 1859 in Ruda/Westpreußen geboren wurde, sowie an Eberhard von Kuenheim, den langjährigen Vorstandsvorsitzenden von BMW, der am 2. Oktober 1928 auf Schloss Juditten in Ostpreußen das Licht der Welt erblickte, wurde erinnert. Staunend registrierte man auch die engen Verbindungen des bayerischen Königshauses mit jenem von Preußen.

In Augsburg wurden die jungen Gäste vom lokalen „ostpreußischen Urge-steins-Duo“ Pia Lingner-Böld und Friedrich Wilhelm Böld und dem früheren CSU-Stadtrat Marc Zander empfangen. Durch sie erfuhren die Schülerinnen und Schüler viel über die drittgrößte Stadt Bayerns und über die deutsche Geschichte. Der Bogen wurde von der Gründung der Stadt Augsburg durch die Römer vor über 2000 Jahren, über die Schlacht auf dem Lechfeld bis hin zu Jakob Fugger dem Reichen, und dessen Handelsbeziehungen nach Danzig gespannt. Neu war den Jugendlichen vielfach das Wirken von Elias Holl, Adrian de Vries und Martin Luther. Letzterer hatte auch für Ostpreußen besondere Bedeutung.

Wie eng die Beziehungen zwischen Polen und Bayern waren, erfuhr die Schülergruppe in Landshut. Hier hatte 1475 der damalige Herzog Georg der

Reiche Hedwig Jagiellonica, die Tochter des polnischen Königs Kasimir IV. Andreas, geheiratet. Weiter erfuhr sie, dass Landshut bereits 1150 als „Landeshuata“ („Landeshut“ für „Hut und Schutz des Landes“) urkundlich erwähnt wurde. Später, in Salzburg, waren nicht nur die berühmten Mozartkugeln gefragt. Hier wurde auch die Verbindung der Landeshauptstadt zu Ostpreußen als Folge der Ausweisungsverfügung von 1731 für die Salzburger Protestanten durch die Salzburger Erzbischöfe herausgestellt. Viele der damals rund 20.000 Salzburger Exulanten fanden in Ostpreußen eine neue Heimat.

In Berchtesgaden kam die Bedeutung des „weißen Goldes“, das durch die Hanse nach Ostpreußen kam, zur Sprache. Wie Salz abgebaut und raffiniert wird, konnte anschaulich im Salzbergwerk Berchtesgaden erlebt werden. Großen Spaß bereiteten dabei schon das Anziehen der Overalls, die 650 Meter lange Fahrt mit der Grubenbahn, der Besuch der nach dem damaligen Kaiser Franz I. von Österreich gewidmeten sogenannten Salzkathedrale und später das Treiben auf der ersten Holzrutsche, mit der es rund 34 Meter hinab in das Kaiser-Franz-Sinkwerk ging. Bei einem sich anschließenden Spaziergang durch die Stadt fanden die typischen Lüftmalereien großes Interesse.

Nicht fehlen durften auch Besuche der Walhalla mit ihrer Sammlung von 131 Büsten und 65 Gedenktafeln, zur Erinnerung an bedeutende Persönlichkeiten „teutscher Zunge“ und der Bischofsstadt Regensburg. Bei traumhaftem Wetter und weißblauem Himmel hieß es schließlich am Chiemsee Abschied von Bayern zu nehmen. Landesvorsitzender Christoph Stabe, sein Vorgänger Friedrich Wilhelm Böld und die Begleiter Reinhard August, Marc Zander und Pia Lingner-Böld attestierten ihren Gästen, dass sie sich im heimischen Unterricht gut auf die Fahrt nach Bayern vorbereitet hätten. Die Projektförderung über das Haus des Deutschen Ostens aus Mitteln des Bayerischen Staatshaushalt seien gut angelegte Gelder.

Ch. S./PLB



Foto: R. A.

Vorbildlich:

Sudetendeutsche in Straubing im Aufwind Doppelspitze freut sich über 22 neue Mitglieder



Das erfolgreiche Führungsteam der SL Straubing-Bogen: Von links Vladimír Nedved, Hans Loher, Bruno Sturm, Margarete Schleinkofer, Manfred Hubl, Ingrid Zwickelpflug, Maria Schindlmeier, Vorstand Roland Scheufler, Vorstand Sonnhilde Bachmeier und Peter Watzek.
Foto: SL-Straubing-Bogen

Die „biologische Uhr“ tickt nicht nur bei den Landsmannschaften, sondern auch bei den meisten Vereinen. Ehrenämter neu zu besetzen wird immer schwieriger. Davon können seit über viereinhalb Jahren die beiden neuen Vorstände der Sudetendeutschen Landsmannschaft im Landkreis Straubing-Bogen, Sonnhilde Bachmeier und Roland Scheufler, aus eigener Erfahrung berichten. Ihr Vorgänger hatte es trotz großer Verdienste versäumt, rechtzeitig für seine Nachfolge zu sorgen. Dies hatte 2018 fast zur Auflösung und Mitgliederkündigung der gesamten Kreisgruppe geführt. Nur dank der Hartnäckigkeit eines befreundeten Politikers übernahmen Bachmeier und Scheufler das Ruder mit dem Ziel, Fehler der Vergangenheit abzustellen und die Kreisgruppe konsequent zukunftsorientiert neu auszurichten.

Organisatorisch wurde neben den beiden gleichberechtigten Vorständen ein sogenannter „erweiterter Vorstand“ mit zusätzlich neun Mitgliedern gebildet. Die Ideen und der Zusammenhalt einer eingeschworenen Mannschaft bewirken und verändern mehr als ein „Einzelkämpfer“, so Roland Scheufler.

Kommunikation sei das „A und O“ sowohl in der Führungsmannschaft, mit seinen Mitgliedern, aber auch mit übergeordneten Instanzen. Wichtig sei dies auch bei der Öffentlichkeitsarbeit und der Förderung des Miteinanders mit den anderen örtlichen Landsmannschaften und befreundeten Vereinen. Dass die neue Mannschaft ausgezeichnet motiviert erscheint, zeigt sich nicht zuletzt daran, dass das bekannte Gejammer „Wir sind zu alt, die Jugend

Leitwort für Tag der
Heimat 2023

„Krieg und Vertreibung
– Geißeln der
Menschheit“

hat kein Interesse“ weitestgehend durch konkrete Positivbeispiele während der letzten vier Jahre abgelöst wurde. Eine außerordentlich positive Grundeinstellung sowie die progressive und systematische Vorgehensweise, ist das Erfolgsrezept der beiden Vorstände. Nicht der Erfolg einzelner stehe dabei im Vordergrund, sondern

stets der des gesamten Teams. Aufgrund der dabei erzeugten Aufbruchsstimmung konnten in den ersten drei Jahren neun und 2022 dreizehn neue Mitglieder gewonnen werden.

„Den Kopf der Truppe gibt’s nur im Doppelpack“ merkt mit einem Lächeln Sonnhilde Bachmeier an, die seit 22 Jahren Mitglied der SL ist. Sie ist über Bayerns Grenzen hinaus wegen ihres starken Engagements in Beruf, Kirche, sozialen Einrichtungen, Verbänden und Vereinen bekannt. Über viele Jahre hat sie sich hauptverantwortlich in der Organisation, Beschaffung und Umsetzung der Rumänienhilfe eingesetzt. Als SL-Vorstand zeichnet sie sich besonders durch ihre Kreativität, Ideenfindung, Organisationsgeschick und ihr sensibles Wirken im Team und am Menschen aus.

Roland Scheufler ist seit 12 Jahren Mitglied der SL Kreisgruppe und engagiert sich auch im Vorstand der SL-Bezirksgruppe Niederbayern/Oberpfalz. Einen Bekanntheitsgrad hat er sich durch seine Vorstandstätigkeit in zwei weiteren Vereinen, im Beirat einer Partei sowie im Vorstand einer öffentlichen Stiftung erarbeitet. R. Sch.

Jubiläum:

Pommersche Folklore blüht in Erlangen Ensemble „Ihna“ schon 65 Jahre aktiv und erfolgreich



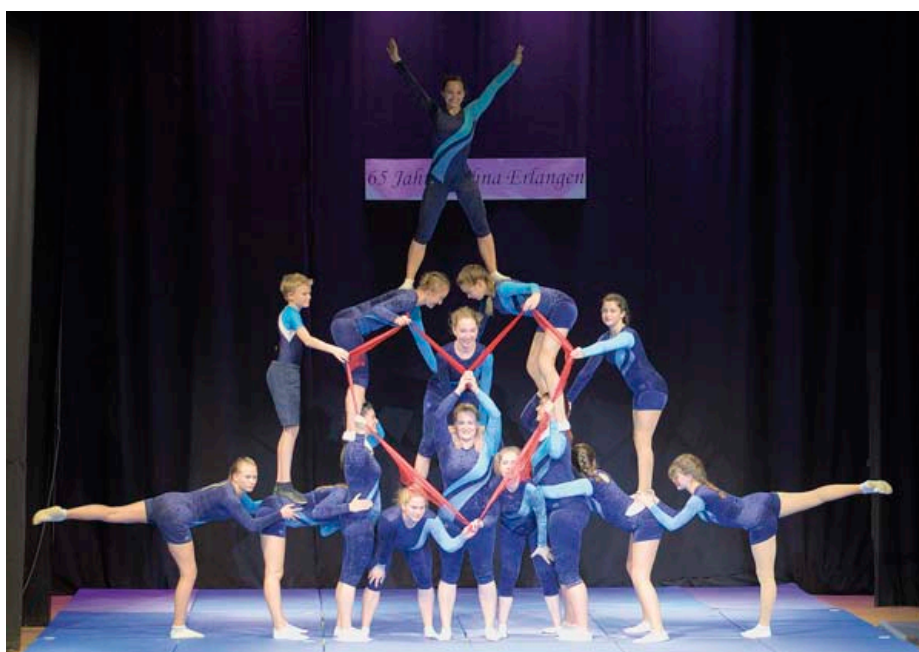
Die Folkloregruppe „Ihna“ aus Erlangen feierte im Erlanger Theatersaal ihr 65-jähriges Gründungsjubiläum. Aus der Pommernjugend hervorgegangen, wurde sie 1957 von der Familie Haenel zur Pflege des pommerschen Kulturguts ins Leben gerufen. Im letzten Oktober zeigte sie im vollbesetzten Theatersaal unter dem Motto „Bühne frei“ erneut, von Beifallsstürmen unterbrochen, ihr Können. Im Gegensatz zu früheren Geburtstagsfeiern fehlten diesmal international befreundete Folkloregruppen. Stattdessen konnten Gäste aus ganz Deutschland mit begrüßt werden, da die Ihna Gastgeber der Jah-

resversammlung der „Sektion Deutschland des Internationalen Rats für die Organisation von Folklore Festivals und Volkskunst (CIOFF)“ war, zu der Vertreter von knapp 40 Mitgliedsorganisationen angereist waren.

Der CIOFF steht als internationale Organisation für den Erhalt von Kultur und Traditionen weltweit und agiert als Nichtregierungsorganisation in offizieller Partnerschaft mit der UNESCO, die als Sonderorganisation der Vereinten Nationen die Aufgabe hat, durch Förderung der internationalen Zusammenarbeit in Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation zur

Erhaltung des Friedens und der Sicherheit beizutragen. Unter anderem berät der CIOFF den „Zwischenstaatlichen Ausschuss der UNESCO-Konvention zur Erhaltung des immateriellen Kulturerbes“. Hierunter zählen beispielsweise handwerkliches Bierbrauen und Blaudruck, aber auch viele regionaltypische Traditionen und Handwerke.

Ein Jahr nach ihrer offiziellen Gründung, hatte die Pommernjugend ihren ersten Auftritt bei einem Erntefest. In Anlehnung daran zeigten die Nachwuchsgruppen Erntebrauch und Tänze unter der Erntekrone. Das Folk-





lorensemble spannte den Bogen mit einer eröffnenden Polonaise, über eine Tanzfolge im „Dörpkrug“ und dem Besentanz bis hin zum traditionellen

Schlussstanz, dem Pommerschen Krakowiak. Auch das Akrobatikensemble der Ihna feierte sein Jubiläum. Was vor 15 Jahren mit einer kleinen Gruppe von sechs Mädchen begann, hat sich inzwischen zu einem großen Ensemble entwickelt. Alle Nachwuchsgruppen pflegen sowohl Tanz als auch Akrobatik. So präsentierten sie eine geturnte „Unterwassershow“ und das Akrobatikensemble bot ein wahres Feuerwerk aus statischen Gruppenfiguren und harmonischen Übergängen. Wegen der ausgezeichneten Resonanz plant die Ihna bereits schon jetzt eine öffentliche Veranstaltung im kommenden Herbst in Erlangen. *Text/Fotos: S. J.*

Nadja Atzberger berichtete über Westukraine Lage angespannt – Solidarität ungebrochen

Mit Nadja Atzberger hatte die Sudentendeutsche Landsmannschaft Aichach Mitte Januar nicht nur eine junge, sondern vor allem eine ausgesprochen kompetente Referentin zu ihrem monatlichen Treffen gewonnen. Als Landesvorsitzende der „Karpatendeutschen Landsmannschaft Ruthenien“ berichtete sie fachkundig über die Geschichte der einst zu Ungarn gehörenden Region, zur Lage der deutschen Minderheit in der Karpatenukraine und über die langfristigen Auswirkungen des russischen Angriffskrieges. Als Kind eines deutschen Vaters und einer ukrainischen Mutter kam sie als 9-jähriges Mädchen mit ihrer Familie als Spätaussiedler nach Deutschland. Um die Kultur, die Traditionen und die Geschichte ihrer Landsleute nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, engagiert sie sich seit 2016 ehrenamtlich in ihrer Landsmannschaft.

Transkarpatien war für die meisten ihrer Zuhörerinnen und Zuhörer nahezu unbekannt. Die deutsche Besiedelung des Landes begann 1730 unter dem Adelsgeschlecht derer von Schönborn. Handwerker und Bauern folgten ihrem Ruf vorwiegend aus Süddeutschland und Böhmen, später auch aus Oberösterreich. Da man den Siedlern günstige Bedingungen und Land bot, erfuhr die Region als Teil des Habsburgerreichs fortan einen ungeheuren Modernisierungsschub. Um 1880 siedelten um Mukatschewo, überwiegend in deutschen Dörfern, knapp 32.000 Deutsche.

Wie in allen deutsch besiedelten Regionen der Sowjetunion begann der

Exodus der deutschen Bevölkerung während und nach dem Zweiten Weltkrieg. Viele Rutheniendeutsche wurden nach Sibirien deportiert, in den 1970er Jahren kamen die ersten vereinzelt Aussiedler nach Deutschland, nach 1990 begann schließlich die Welle der Aussiedlung. Heute leben lediglich noch etwa 3.000 deutsche Bewohner in der Karpatenukraine. Trotz fehlendem Sprachunterricht würden die Dialekte aber bis heute gepflegt und weitergegeben und die deutschen Feiertage gefeiert.

Unterstützung erhalten die dort lebenden Deutschen vom Auswärtigen Amt und ihren Landsleuten in der Bundesrepublik. Standen bis vor gut einem Jahr Heimattreffen und Reisen in die Westukraine im Mittelpunkt der Tätigkeit der kleinen Landsmannschaft, stehen seit dem Angriffskrieg Russlands die Unterstützung der deutschen Familien und der Binnenflüchtlinge im Mittelpunkt. Bereits zu Beginn des Krieges gab es viele Aktionen und Hilfssammlungen auch für Krankenhäuser und Kinderheime. „Auch heute bemühen wir uns die dortigen Organisationen zu unterstützen und mit ihnen Kontakt zu halten“ so Atzberger.

Abgesehen von der Ankunft einer immer größer werdenden Zahl von Binnenkriegsflüchtlingen sei die Karpatenukraine bislang von Kriegshandlungen verschont geblieben. Möglicherweise sei dies auf die überwiegend dort lebende ungarische Bevölkerung zurückzuführen. Die oftmals kritisierte „vorsichtige Haltung“ von Ungarns Staatspräsident Viktor Orban sei sicher



Freude über interessanten Nachmittag: Nadja Atzberger und SL-Ortsobmann Gert-Peter Schwank. Foto: S. M./BdV

auch auf dessen Fürsorge für die starke ungarische Minderheit in der Ukraine zurückzuführen. Bemerkbar machten sich jedoch seit kurzem die Auswirkungen der in der übrigen Ukraine zerstörten Infrastruktur. Die Stimmung sei zwar angespannt, der Zusammenhalt aber riesengroß. Selbst die russischen Bewohner in der Ukraine solidarisierten sich zwischenzeitlich klar mit der Mehrheitsbevölkerung und zeigten sich kämpferisch für eine unabhängige Ukraine. Perfekt scheint aber auch Putins Propaganda in Russland zu wirken. „Meine Verwandten in Moskau fragen uns besorgt, ob wir in Deutschland genügend zu essen hätten“, berichtet kopfschüttelnd die Landesvorsitzende.

Freude in Nymphenburg:

Landesvorsitzender der Landsmannschaft geehrt Dr. Gotthard Schneider erhielt Bundesverdienstkreuz

In Anwesenheit seiner Familie und der engsten Mitstreiter im BdV und in der Landsmannschaft Schlesien wurde Dr. Gotthard Schneider am 12. Januar im Orangeriesaal des Schlosses Nymphenburg mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet. Im Auftrag von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier überreichte Bayerns Sozialministerin Ulrike Scharf an ihn und weitere fünf Persönlichkeiten die Ordensinsignien. Für den Landesvorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien sei die Heimatregion seiner Familie ein „existenzieller Teil in seinem Leben, der ihn prägt und für den er Verantwortung trägt“. Dr. Schneider widme sein Engagement, seine Zeit und Kraft Schlesien, das seine Ahnen einst zum Blühen gebracht und nach dem Zweiten Weltkrieg von heute auf morgen verloren haben.

Wie kaum ein anderer beeinflusste er „das schlesische Leben“ nicht nur in Bayern. Ob als Vorstandsmitglied und

Vorsitzender des „Schlesier-Vereins München“, Beisitzer im BdV-Landesverband oder als Landesvorsitzender seiner Landsmannschaft habe er durch Moderationen, Reisen, Vorträge und Veranstaltungen Geschichte und Tradition seiner Volksgruppe lebendig gehalten. Besonders hob die Ministerin die von ihm organisierten regelmäßigen Fortbildungsseminare für Schulleiter von zweisprachigen Schulen, Deutschlehrern und Lehrkräften in der Erwachsenenbildung aus Schlesien hervor. Das Wissen und die Werte, mit denen seine Landsleute vertraut gemacht würden, trügen dazu bei, dass Europa zusammenwächst. Nicht von ungefähr war es, dass er in den Jahren 2013 bis 2020 das höchste Gremium der Schlesier, die Bundesdelegiertenversammlung, geleitet hatte.

Wie sehr sich seine langjährigen Wegbegleiter über die hohe Auszeichnung freuten, zeigte sich im Anschluss an den Festakt. Landesschatzmeisterin

Christiane Biedermann und ihr Gatte, der stellvertretende Landesvorsitzende der Landsmannschaft, Karl Biedermann, ließen es sich nicht nehmen, in schlesischer Tracht ihrem Vorsitzenden zu gratulieren. Glückwünsche überbrachten auch Landesfrauenreferentin Anneliese Woschke, Stiftungsvorsitzender Paul Hansel und die Geschäftsführerin des Schlesiervereins München, Sieglinde Schneeberger. Beste Grüße seiner Gemeinde überbrachte Hohenbrunnns Bürgermeister Dr. Stefan Straßmair.

BdV-Landesvorsitzender Christian Knauer bekräftigte, dass sein Verband stolz darauf sei, mit der Auszeichnung von Dr. Gotthard Schneider erneut eine besondere Wertschätzung erfahren zu haben. Sein gründliches Wissen und sein Engagement für das Schliesische Schaufenster in Straubing haben ihn zu einem gern gesehenen Freund und Sprecher für die Heimatvertriebenen in Bayern gemacht.



Freuen sich über die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an Dr. Gotthard Schneider. Von links: BdV-Landesvorsitzender Christian Knauer, Sieglinde Schneeberger, Paul Hansel, Anneliese Woschke, Staatsministerin Ulrike Scharf, Walter Heesen, Dr. Gotthard Schneider, Michael Schneider, Ursula Schneider, Bürgermeister Dr. Stefan Straßmair, Beate Schneider, Karl und Christiane Biedermann.

Text/Foto: S. M.

Beeindruckendes Fest:

Großartige Barbara-Feier der Münchener Oberschlesier Trachten aus Gleiwitz und Hohenpeißenberg



Die Riesengebirgsgruppe begeisterte mit ihren Vorführungen.

Fotos: Ch. K.

Über 200 Gäste hatten sich Anfang Dezember in der Kantine des Bundeswehrverwaltungszentrums in München eingefunden, um gemeinsam das Fest der Schutzpatronin der Bergleute zu begehen. Eingeladen hatte hierzu traditionell die Landsmannschaft der Oberschlesier. In deren Heimatregion fand vielfach in den Zechenhäusern vor einem Barbara-Bild eine Andacht statt, ehe die Arbeit im Bergwerk begann. Die 1723/24 vom Ortspfarrer gegründete „Barbara-Bruderschaft“ von

Tarnowitz hatte später Nachfolger in der ganzen ober-schlesischen Montanregion. Die Barbaraverehrung steigerte sich, als Sprengarbeiten unter Tage üblich wurden. Sie galt nun als Beschützerin vor Sprengunfällen, im Steinkohlenbergbau auch als Beschützerin vor schlagenden Wettern. Dieses ober-schlesische Brauchtum wurde von den Bergleuten in die Steinkohle- und Braunkohlereviere Westdeutschlands mitgebracht und in den 1950er Jahren gezielt gefördert. Von daher ist es auch

nicht verwunderlich, dass jährlich etwa ein Dutzend Bergmänner vom „Knappenverein Peißenberg e.V.“ als Ehrengäste an der Feier teilnehmen. Auch wenn deren Kohlenbergwerk 1971 geschlossen wurde, hält man auch dort an der Traditionspflege fest.

Eingeleitet wurde das Barbara-Fest bereits am Vorabend mit einem gut besuchten feierlichen Gottesdienst in der Sankt Jakobskirche am Unteren Anger, den Bischofsvikar Dr. Robert Chudoba aus Gleiwitz mit heimatlichen



Ausgezeichnete Mitstreiter: Erich Plischke und Gertrud Müller. Durften auch 2022 nicht fehlen: Bergmänner des Knappenvereins Hohenpeißenberg.



Aus Schlesien angereist: Heimatchor Ostroppa-Gleiwitz.

Priestern feierte. Interessant ist, dass nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil und der dabei vollzogenen Kalenderreform im Jahr 1969 der Barbara-Tag nicht mehr im offiziellen Festkalender der katholischen Kirche aufgeführt wird. Wegen der großen Verehrung durch die Gläubigen im deutschsprachigen Raum wurde er 1972 aber wieder in den Regionalkalender aufgenommen. Anfang des Jahrtausends wurde Barbara schließlich wieder in das Martyrologium Romanum (Verzeichnis von Märtyrern und anderen Heiligen) aufgenommen. Allerdings ist die historische Existenz der Heiligen ziemlich unsicher. Was Legende ist und was Realität, lässt sich kaum trennen. Historisch ist nur die Verehrung Barbaras als Märtyrerin nachweisbar.

Nach der Legende lebte Barbara als Tochter des reichen griechischen Kaufmanns Dioskoros in Nikomedia, dem heutigen Izmit in der Türkei. Im Jahr 306 starb sie den Märtyrertod. Viele Erzählungen ranken sich um sie. So soll sie von ihrem heidnischen Vater in einen Turm eingeschlossen worden sein, weil er auf seine bildschöne junge Tochter eifersüchtig war und eine Heirat verhindern wollte. Während der Vater auf Reisen war, ließ Barbara sich heimlich taufen. Auf der Flucht vor ihm soll sie durch eine Bergspalte entkommen sein und Unterschlupf bei einem Hirten gefunden haben, der sie

schließlich verriet. Ihr Vater soll sie dem Gericht überantwortet und dann selbst enthauptet haben, um anschließend von einem Blitzschlag getroffen zu werden. Aus der Bergspalte und dem Blitz wird Barbara als Schutzpatronin der Bergleute und der Artillerie in Verbindung gebracht.

Unter den Klängen des Liedes „Glück



Auch der Nachwuchs hat Freude an der schlesischen Tracht.

auf, der Steiger kommt“, gespielt vom Blasorchester „Harmonie Neubiberg“, erfolgte mit dem Einzug der Bergleute, der Fahnen- und Trachtenabordnungen und einem Prolog von Karlheinz Labus der Auftakt der weltlichen Feier. Erich

Plischke, dem Vorsitzenden der Landsmannschaft, oblag es die zahlreichen Ehrengäste, unter die sich auch die CSU-Landtagsabgeordneten Josef Zellmeier und Andreas Lorenz, BdV-Landesvorsitzender Christian Knauer, der Vorsitzende der Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen im Bezirk Schlesien, Marcin Lippa, und zahlreiche Ortsvorsitzende befreundeter Landsmannschaften gemischt hatten, zu begrüßen. Nach zwei Jahren „Corona-Abstinenz“ sei es eine große Freude, wieder in so großem Rahmen das Barbara-Fest zu begehen.

Das kurzweilige Kulturprogramm, das vom Heimatchor Ostroppa-Gleiwitz unter Leitung von Maria Gillner, der Riesengebirgstrachtengruppe München, angeführt von Uli Moll, und der Trachtenzunft Rübezahls Zwerge mit ihrem Vorsitzenden Siegfried Lange gestaltet wurde, ließ rasch heimatliche Gefühle und Erinnerungen aufkommen. Grußworte des Landesvorsitzenden der Landsmannschaft, Damian Schwider, der Gäste aus Schlesien und der Ehrengäste durften genauso wenig fehlen, wie die zum Abendbrot gereichten schlesischen Spezialitäten. Den abschließenden Höhepunkt bildete die Ehrung der langjährigen Landes- und Kreisvorsitzenden Gertrud Müller für 65-jährige Mitgliedschaft und die Verleihung der Goldenen Ehrennadel der Landsmannschaft an Kreisvorsitzenden Erich Plischke.

Werneck/Schweinfurt:

BdV-Kreisverband und Marktgemeinde begehen gemeinsam Feier zum Volkstrauertag



BdV-Kreisvorsitzender Peter Wardenga bei der Begrüßung.

Am Volkstrauertag 2022 hatte der BdV-Kreisverband Schweinfurt zusammen mit der Marktgemeinde Werneck in würdiger Form eine Gedenkveranstaltung zu Ehren der Gefallenen beider Weltkriege abgehalten. Nach der Begrüßung durch BdV-Kreisvorsitzenden Peter Wardenga, beklagte die unterfränkische BdV-Be-

zirksvorsitzende Albina Baumann während ihrer Gedenkrede die bedauerlichen Anfeindungen, denen die Deutschen aus Russland seit dem Überfall der Russischen Föderation in die Ukraine ausgesetzt seien. In aller Klarheit verurteilte sie auch in ihrer Eigenschaft als stellvertretende Bundesvorsitzende der Landsmannschaft

der Deutschen aus Russland den russischen Angriffskrieg und stellte klar, „Wer den Krieg befürworte, der hat in unserer Landsmannschaft nichts zu suchen!“

Wernecks Bürgermeister Sebastian Hauck bemängelte, dass bei vielen Bürgerinnen und Bürgern das Gedenken am Volkstrauertag in Vergessenheit geraten sei. Angesichts des gegenwärtigen Geschehens werde erneut deutlich, wie junge Menschen durch verantwortungslose Politiker um ihre Jugend und ihr Leben betrogen würden. Von daher seien Gedenkveranstaltungen dieser Art von besonderem Wert gekennzeichnet.

Feierlich umrahmt wurde das Totengedenken durch die „Vasbühler Sängerrinnen“ und der Bläserphilharmonie Werneck. Die Reservistenkameradschaft hielt erneut die Ehrenwache. Die „Trachtengruppe Eichendorff“ bereicherte die Feierstunde mit einem Gedicht. Während des Abspielens des Liedes „Ich hatt' einen Kameraden“ wurden Blumengebinde an die Gedenksteine mit den Aufschriften der ostdeutschen Regionen gelegt. *P. W.*



Totengedenken in Werneck. Von links der frühere BdV-Kreisvorsitzende Peter Krier (sitzend), 1. Bürgermeister Sebastian Hauck, BdV-Bezirksvorsitzende Albina Baumann, BdV-Kreisvorsitzender Peter Wardenga und Mitglieder der Trachtengruppe „Eichendorff“.

Fotos: Markt Werneck

Sankt Anna-Wallfahrt nach Altötting

Die Landsmannschaft der Oberschlesier lädt ihre Landsleute, aber auch ihre nahestehenden katholischen Landsleute aus den anderen Landsmannschaften, zur 69. Sankt Anna-Wallfahrt der Oberschlesier am Samstag und Sonntag, 22./23. Juli nach Altötting

ein. Am Samstag wird um 20.00 Uhr in der Basilika die Vorabendmesse mit anschließender Lichterprozession zur Gnadenkapelle gefeiert. Am Sonntag findet um 10.00 Uhr der traditionelle Festgottesdienst in der Sankt Anna-Basilika statt. Nach dem Mittagessen

wird die Wallfahrt um 14.00 Uhr mit einer Andacht zu Ehren der heiligen Mutter Anna in der Stiftspfarrkirche fortgesetzt. Ihr schließt sich eine Prozession zur Gnadenkapelle mit Verabschiedung der Pilger mit dem Reisesegen an. *N. G.*

Verdiente Auszeichnung:

Rumäniens Staatspräsident Klaus Johannis erhält Franz-Werfel-Menschenrechtspreis

Am Sonntag, 4. Juni, wird der rumänische Staatspräsident Klaus Johannis in der Frankfurter Paulskirche mit dem Franz-Werfel-Menschenrechtspreis der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ ausgezeichnet. Die Jury würdigt damit dessen umfangreiches und vielfältiges Wirken. Die Laudatio auf den Preisträger wird der ehemalige Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, halten. Die Schirmherrschaft über den Festakt hat der Hessische Ministerpräsident Boris Rhein übernommen.

Klaus Werner Johannis ist am 13. Juni 1959 in Hermannstadt geboren und gehört der deutschen Minderheit der Siebenbürger Sachsen an. Er studierte Physik und war Lehrer und Schulrat am traditionsreichen Brukenthal-Gymnasium seiner Heimatstadt. Politisch engagierte er sich beim Aufbau des Demokratischen Forums, einer Selbst-

vertretungsorganisation der Deutschen in Rumänien, die sich insbesondere um die nach der großen Auswanderungswelle Ende der 1980er Jahre bis heute in Rumänien verbliebenen Deutschen kümmert.

Das Demokratische Forum stellte Johannis als Kandidaten für das Bürgermeisteramt in Hermannstadt auf. Dort wirkte er als Stadtoberhaupt partei-

Vertrauen der Bevölkerungsmehrheit

übergreifend und erreichte, dass Hermannstadt 2007 Kulturhauptstadt Europas wurde. Mit über 80 Prozent wurde er zweimal als Stadtoberhaupt wiedergewählt. Seit 2014 ist Johannis Staatspräsident und genießt nicht nur das Vertrauen der ansässigen Minderheiten, sondern auch das der rumänischen Mehrheit. Johannis hat maßgeblich zu einem Interessenausgleich der

unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Strömungen in seinem Land und zur Verortung Rumäniens im „politischen Westen“ beigetragen. Sein Einsatz für ein vereintes und gedeihliches Zusammenarbeiten der europäischen Staaten und Völker könne, so der Vorsitzende des Zentrums, Dr. Christean Wagner, nicht hoch genug geschätzt werden.

Der Franz-Werfel-Menschenrechtspreis wird alle zwei Jahre an Einzelpersonen, Initiativen oder Gruppen verliehen, die durch ihr Handeln das Verantwortungsbewusstsein gegenüber Menschenrechtsverletzungen durch Völkermord, Vertreibung oder die bewusste Zerstörung nationaler, ethnischer oder religiöser Gruppen schärfen. In den letzten Jahren wurden unter anderem Bundespräsident a.D. Joachim Gauck, Prof. Dr. Michael Wolffsohn, Freya Klier ausgezeichnet. *ZgV*

Volkstanzgruppe Hof weiterhin erfolgreich

Darüber würde sich so mancher BdV-Kreisverband freuen: über den Bestand einer aktiven jungen Volkstanzgruppe mit 27 Mitgliedern. Mit Stolz konnte zum Jahresbeginn Gruppenleiterin Jutta Starosta einen ansehnlichen Jahresbericht über die Aktivitäten ihrer Volkstanzgruppe Hof-Rehau vorlegen. Zwar konnten die Trainingsstunden 2022 wegen der Corona-Pandemie teilweise nur unregelmäßig stattfinden, trotzdem konnte sie dreizehn Aktivitäten sorgsam auflisten. Unangefochten war dabei der Auftritt der Gruppe in

Ermländer Tracht beim Sudetendeutschen Tag in Hof der Höhepunkt des Vereinsjahres.

Freudig zurück blicke sie aber auch auf die weiteren fünf Auftritte in Hof, Rehau und Uttenreuth. Von einem festen Zusammenhalt zeugen aber auch gemeinsames Eisschlecken zum Abschluss des Schuljahres, ein Pizzenessen zum Start des Trainingsbeginns und ein Erste-Hilfe-Kurs. Mit dabei sind ihre Mitglieder auch bei den Sitzungen und Veranstaltungen des BdV-Kreisverbandes, des Kreisjugendrings und

der Schlesischen Jugend im Freistaat. 2023 will man wieder an der Europeade, einem internationalen Tanzwettbewerb, teilnehmen.

Eine wichtige Rolle spielt die Volkstanzgruppe Hof übrigens auch in der Schlesischen Jugend Bayerns. Hier stellt sie mit Sigrid Dittmer als stellvertretende Vorsitzende, Robert Kolb als Kassier, Christopher Dams als dessen Stellvertreter, Jutta Starosta als Schriftführerin und Katharina Kolb als deren Stellvertreterin immerhin fünf Mitglieder im Landesvorstand. *J. S.*

Sudetendeutscher Tag in Regensburg



Der 73. Sudetendeutsche Tag findet heuer von Freitag, 26. Mai, bis Pfingstsonntag, 28. Mai, in Regensburg statt. Erster Höhepunkt wird die Verleihung der Kulturpreise am Freitagabend sein. Ebenfalls wieder feste Programmpunkte sind die Verleihung des Europäischen Karls-Preises der Sudetendeutschen Landsmannschaft, die Festreden des Sprechers der Sudetendeutschen Volksgruppe, Bernd Posselt, sowie des Schirmherrn der Sudetendeutschen, Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder, sein.

Der Volkstumsabend am Pfingstsamstag und das böhmische Dorffest mit Informationsständen und Präsentationen an beiden Veranstaltungstagen sind weitere Höhepunkte. Die Donau-Arena in Regensburg ist mit dem Auto sowie Bahn und Bus gut zu erreichen. Das genaue Festprogramm ist zur gegebenen Zeit auf der SL-Internetseite bzw. den Beilagen der Sudetendeuten Zeitung zu entnehmen.

13 Millionen Deutsche im Ausland:

Bayreuther Stiftung begrüßt Stärkung der Haushaltsmittel für deutsche Minderheiten

Die „Stiftung Verbundenheit mit den Deutschen im Ausland“ verbucht die signifikante Erhöhung der Fördermittel für die deutschen Minderheiten in Mittel- und Osteuropa auch als ihren Erfolg. Auf ihrer Internetseite zeigt sie sich stolz, dass sie aktiv zur Erhöhung der Minderheitenförderung um insgesamt 5,25 Millionen Euro für 2023 im Bundeshaushalt „maßgeblich beitragen“ konnte. Einen wichtigen Aspekt innerhalb dieser Förderung stellt auch der Bereich der Sprachförderung der Deutschen Minderheit in Polen dar, der nunmehr verstärkt unterstützt werden kann.

Besonders in Zeiten der durch die polnische Regierung verfügten Reduzierung des muttersprachlichen Unterrichts für Kinder und Jugendliche der Deutschen Minderheit sei dies ein wichtiges Zeichen, um dieser Diskriminierung entgegenzuwirken. Die erhöhten Mittel könnten folglich in den Erhalt und Ausbau des außerschulischen Sprachunterrichts fließen, somit die Bewahrung der deutschen Muttersprache fördern und auch weitere Kultur-, Medien- und Bildungsprojekte wachsen lassen. Projekte im Bereich des Spracherwerbs wie beispielsweise die bereits erfolgreich laufenden Deutsch-Arbeitsgemeinschaften sowie wichtige Elemente wie Unterrichtsräume, Lehrmaterialien und die Finanzierung der Lehrkräfte könnten mithilfe der erhöhten Fördersumme abgedeckt werden.

Die „Stiftung Verbundenheit mit den Deutschen im Ausland“ wurde vom saarländischen Unternehmer Dr. jur. Kurt Linster im Jahre 2004 errichtet. Er hatte bei seinen zahlreichen Ge-

schäftsreisen im Ausland viele Begegnungen mit seinen deutschen Landsleuten und lernte so die Anstrengungen bei der Wahrung ihrer deutschen Sprache und Kultur kennen. Nach Aussagen der Stiftung wird die Zahl der Deutschen in Ost-, Mittel und Südeuropa, in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, im westlichen Europa, auf dem nordamerikanischen Kontinent, in Mittel- und Südamerika, sowie in Australien, die sich zu ihrer deutschen Herkunft, Sprache und Kultur bekennen sowie noch emotionale Bindungen zu ihrer alten Heimat oder der Heimat ihrer Vorfahren besitzen, auf 13 Millionen geschätzt.

Stiftung Verbundenheit mit den Deutschen im Ausland

An der Feuerwache 19,
95445 Bayreuth

Telefon: 0921/15108240

E-Mail:

info@stiftung-verbundenheit.de

Spendenkonto:

VR-Bank Bayreuth-Hof

DE33 7806 0896 0006 0214 50

Die Pflege der deutschen Sprache und Kultur im Ausland ist der Einrichtung ein wichtiges Anliegen. Diese funktionieren vor allem durch eine gezielte Unterstützung der weltweit vorhandenen deutschen Gemeinschaften, welche wichtige Botschafter der deutschen Sprache und Kultur seien. Sie würden sich zu ihrer deutschen Herkunft bekennen und eine wichtige Brücke zwischen Deutschland und ihren Heimatstaaten nicht nur im kulturellen,

sondern auch im wirtschaftlichen Bereich bilden.

Ziel der Stiftung ist es, zunächst ein Netzwerk aus deutschen Privatpersonen, Vereinen und Unternehmen im Aus- und Inland aufzubauen. Dadurch könnten die genannten Ziele erreicht werden. Gefördert würden durch die Stiftung bereits heute der Jugend-, Schüler-, und Studentenaustausch, Stipendien, Kulturprojekte deutschsprachiger Medien sowie deutsche Schulen und Kindergärten im Ausland. Auch die Durchführung von Kongressen, Vortragsveranstaltungen und Seminaren sowie humanitäre Hilfe bedürftiger Deutscher im Ausland stehen auf der Agenda der Einrichtung.

Als Organe verfügt die Stiftung über einen fünfköpfigen Stiftungsrat, dessen Mitglieder vom Stifter auf die Dauer von drei Jahren bestellt werden. Er entscheidet in allen grundsätzlichen Angelegenheiten und berät, unterstützt und überwacht den Stiftungsvorstand bei seiner Tätigkeit. Der Stiftungsvorstand besteht aus bis zu fünf Mitgliedern und wird vom Stiftungsrat auf die Dauer von drei Jahren bestellt. Der Stiftungsvorstand vertritt die Stiftung gerichtlich und außergerichtlich und führt entsprechend den Richtlinien und Beschlüssen des Stiftungsrates die Geschäfte der laufenden Verwaltung.

Derzeit gehören dem Stiftungsrat Hartmut Koschyk (Vorsitzender), Peter Iver Johannsen, Thomas Kropp, Jörn Linster und Florian Weisker an. Der Stiftungsvorstand besteht aus Prof. Dr. Oliver Junk (Vorsitzender), Knut Abraham, MdB, Prof. Dr. Christopher Huth, Thomas Konhäuser und Daniel Walther. *Ch. K.*

Neuer Bundesvorstand bei Oberschlesiern

In der Bundeshauptversammlung der Landsmannschaft der Oberschlesier wurde im November ein neuer Vorstand gewählt. Das Amt des Bundesvorsitzenden verbleibt weiterhin bei Klaus Plaszczek. Zu dessen Stellvertretern wurden Sebastian Wladarz und Johann Ceglarek, Gütersloh, gewählt. Letzterer ist zugleich Bundeskulturreferent. Zur Bundessozialreferentin

wurde Christine Just, Hamm, zum Schatzmeister Hubert Sonder, Karlsruhe, und Daniel Gora, Köln, zum Bundesjugendbeauftragten berufen. Das Amt der Beauftragten für Oberschlesien übt künftig Silvia Koziolke-Beier aus Ortenau aus. Als Beisitzer gehören Maria Hora, Kassel, und Christoph Krusel, Nürnberg, dem Bundesvorstand an. Als Kassenprüfer

fungieren fortan Christof Cziumplik, Herford, und Zuzanna Bock, Frauenvorsitzende LdO-NRW.

Weiterhin wurde der Rat der Landsmannschaft wiederbelebt. Vorsitzender ist Willibald Piesch, Hamburg. Ihm zur Seite stehen Benedikt Kusch, Vorsitzender des Fördervereins der Stiftung, und die Ehrenvorsitzende der LdO-Bayern, Gertrud Müller. *M. L.*

Musikwelt trauert:

Regensburger Musikpädagoge Widmar Hader gestorben Sudetendeutsche verlieren herausragenden Komponisten

Im 82. Lebensjahr ist der ehemalige Direktor des von ihm 1990 initiierten Sudetendeutschen Musikinstituts in Regensburg, Widmar Hader, am Abend des Dreikönigstages gestorben. Der hervorragende Musikpädagoge, Komponist sowie Chor- und Orchesterleiter erhielt 2015 für seine Lebensleistung eine Ehrengabe zum BdV-Kulturpreis. Nach Franz Schuberts Worten „Wer Musik liebt, kann nie unglücklich werden“ – wurde in der damaligen Laudatio die Persönlichkeit des früheren Dozenten für Tonsatz und Gehörbildung an der Kirchenmusikschule Rottenburg beschrieben.

Der Verstorbene wurde am 22. Juni 1941 in Elbogen an der Eger geboren und kam 1946 zunächst nach Bad Reichenhall. Nach dem Abitur studierte er 1960/61 am Mozarteum in Salzburg und von 1961 bis 1965 an der Musikhochschule Stuttgart unter anderem Komposition und Tonsatz. Nach zwei

weiteren Studienjahren im Fachbereich Politologie und Philosophie an der Ludwig-Maximilians-Universität in München zog er wieder nach Stuttgart, wo er bis 1990 als Komponist, Musik-erzieher, Chor- und Orchesterleiter, sowie als externer Lehrer an der Kirchenmusikschule Rottenburg wirkte. Im November 1990 wurde er Gründungs-Direktor des neu geschaffenen Sudetendeutschen Musikinstituts in Regensburg, das er bis Juni 2006 mit viel Engagement und Einsatz leitete. Von Juli 2006 bis Mai 2010 lebte und arbeitete er in Bad Abbach bei Regensburg, seit Juni 2010 wieder in Regensburg. Zusätzlich leitete Widmar Hader fast 30 Jahre die Sudetendeutschen Musiktage (1978 bis 2007) und fast 15 Jahre die Elbogener Orgelfeste (1990 bis 2005).

Mit seinen eigenen Werken stand Widmar Hader auf den Bühnen in ganz Europa. Auch in die USA führten ihn

seine Tourneen als Komponist und Dirigent. Er zeichnete sich dabei durch ein ungeheuer breites musikalisches Schaffen aus. In vielen Auszeichnungen wurde ihm für seine hervorragenden Leistungen gedankt. Schon 1961 erhielt er den Sudetendeutschen Kulturpreis für Musik. Ihm folgte 1988 der Südmährische Kulturpreis, 1996 der Große Sudetendeutsche Kulturpreis, 2002 der Bayerische Nordgau-Preis und 2011 das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Die Aufzählung könnte noch lange fortgeführt werden – ein besonderer Höhepunkt aber war 1987 seine Aufnahme in die Sudetendeutsche Akademie der Wissenschaften und Künste, deren Vizepräsident er zeitweise war. Noch im November 2022 konnte er in Regensburg die Pro-Arte-Medaille der KünstlerGilde e.V. für sein Lebenswerk entgegennehmen. S. Z.

Goldammer-Verlag übernimmt schlesische Heimatzeitungen vom Preußler-Verlag

Der Goldammer Verlag in Rothenburg ob der Tauber, in dem bislang schon die meisten schlesischen Heimatzeitungen für Kreise in Nieder- und Oberschlesien erscheinen, verlegt seit Januar auch die bisher im Preußler Verlag in Nürnberg erschienenen schlesischen Blätter. Im Einzelnen handelt es sich dabei um die Schlesische Heimatzeitung für Strehlen, Ohlau, Reichenbach und das Isergebirge, die Schlesische Heimatzeitung für die Kreise

Jauer, Schweidnitz, Neumarkt und Groß Wartenberg und die Oberschlesische Heimatzeitung für die Kreise Gleiwitz, Beuthen, Tarnowitz und Ratibor. Im Goldammer Verlag erscheinen bereits bisher die meisten schlesischen Heimatzeitungen für rund 20 Heimatkreise der vertriebenen Schlesier unter anderem im Norden Niederschlesiens, in der Oberlausitz, im schlesischen Bergland, im früheren Bezirk Breslau und dem Opperlner Land. Der

Preußler Verlag in Nürnberg hat zum 31. Dezember seine Tätigkeit eingestellt. Ansprechpartnerin beim Goldammer Verlag für Abonnements, Anzeigen und Familien-Nachrichten ist Heike Link, Telefon 098 61/40 04 74, info@goldammer.com. Die Redaktion der Goldammer Zeitungen erfolgt durch Alfred Theisen, unterstützt von Janet Langbrand, Brüderstraße 13, 02826 Görlitz, Tel. 035 81/40 05 26, theisen@goldammer.com A. Th.

FUEN wählte neues Präsidium

Die Föderalistische Union Europäischer Nationalitäten (FUEN) ist der Hauptvertreter und größte Dachverband der autochthonen nationalen Minderheiten, Nationalitäten und Sprachgemeinschaften Europas. Unter ihrem Dach vereint sie derzeit mehr als 100 Mitgliedsorganisationen aus 36 europäischen Ländern. Beim letzten Jahreskongress in Berlin bestätigte die Delegiertenversammlung den amtierenden Präsidenten, Loránt Vincze, der

als Einzelkandidat der Demokratischen Allianz der Ungarn in Rumänien für das Amt kandidierte. Er war bereits zwischen 2013 und 2016 Vizepräsident der FUEN und seither Präsident der Organisation. Olivia Schubert, die stellvertretende Vorsitzende der Landesverwaltung der Ungarndeutsche, Nabi Braimtzik (Westthrakischer Türkei), Andor Barabás (Ungarische Minderheit in Rumänien) und Bernard Gaida (Deutsche Minderheit in Polen)

wurden zu neuen Vizepräsidenten gewählt. Die bisherigen Vizepräsidenten Daniel Alfreider (Ladiner in Italien), Bahne Bahnsen (Friesen in Deutschland) und Gösta Toft (Deutscher in Dänemark) wurden in ihren Ämtern bestätigt.

Das Gremium setzt sich aus dem Präsidenten, den sechs Vizepräsidenten und dem Präsidenten der Jugend Europäischer Volksgruppen (JEV) zusammen. LDU

Fit für die Zukunft:

Spatenstich für Erweiterungsbau der Bildungs- und Begegnungsstätte Heiligenhof



Sozialministerin Ulrike Scharf beim Spatenstich im Heiligenhof.

Foto: StMAS

Mitte Dezember konnte Bayerns Sozialministerin Ulrike Scharf den Spatenstich für den Erweiterungsbau der Bildungs- und Begegnungsstätte Heiligenhof in Trägerschaft der Stiftung Sudetendeutsches Sozial- und Bildungswerk (SSBW) vornehmen. Dabei betonte sie, dass sich der Heiligenhof von der ersten Begegnungsstätte für Sudetendeutsche zu einem grenzüberschreitenden Jugendbegegnungszentrum entwickelt habe. Mit den Worten „Hier, an diesem historischen Ort, trifft sich das geeinte Europa, hier werden Grenzen überwunden“, lobte sie die vorbildliche

Arbeit der Einrichtung unter ihrem Stiftungsdirektor Steffen Hörbler. Die Sensibilisierung der nächsten Generationen für Völkerverständigung, den Wert eines geeinten und friedlichen Europas und die Stärkung der Demokratie seien wichtige Aspekte der zukünftigen Arbeit. Der Erweiterungsbau wird mit zwei Millionen Euro durch den Freistaat unterstützt. Die Bildungs- und Begegnungsstätte „Der Heiligenhof“ war die erste Immobilie, die nach der Enteignung und Vertreibung durch die Sudetendeutschen erworben werden konnte. Damit

ist sie die älteste Heimstätte der Vertriebenen in Bayern. Heute werden hier vor allem für junge Menschen Seminare und Tagungen zur Auseinandersetzung mit der Geschichte und dem Schicksal sowie den Leistungen der Sudetendeutschen durchgeführt, um so den grenzüberschreitenden Austausch zu stärken. Der Heiligenhof dient als Jugendherberge, erlebnispädagogisches Zentrum und als Ort der Freizeitgestaltung für Schulklassen, Chöre und Vereine und wird jährlich mit rund 30.000 Euro vom bayerischen Sozialministerium gefördert.

User nutzen BdV-Homepage weltweit

Die Homepage-Seiten des BdV Bayern erfreuen sich steigenden Interesses. So hat sich die Zahl ihrer Aufrufe seit der Bereitstellung 2016 bis 2021 von 1.800 auf rund 20.000 gesteigert. Zwar gab es Corona-bedingt im vergangenen Jahr einen leichten Rückgang, im Januar und Februar waren die Seiten aber wieder überproportional nachgefragt. Am häufigsten werden dabei die Rubriken „Wer wir sind“, „Flucht und Ver-

treibung vor und nach 1945“, „Aktuelles“ sowie „Tag der Heimat“ aufgerufen. Die größte Nachfrage war 2021 naturgemäß bei deutschen Nutzern festzustellen. Auf den Plätzen zwei und drei folgen Aufrufe aus den Vereinigten Staaten und China. Gefragt waren die BdV-Seiten auch in Österreich, den Niederlanden, Tschechien, Polen und Ungarn. Aber auch aus fernen Regionen, wie etwa der Türkei, Nigeria und Südkorea erfolgten je-

weils mehr als 30 Aufrufe. Im Mittelfeld lagen Erkundigungen aus der Schweiz Frankreich und Rumänien. Nach der jüngst erfolgten Aktualisierung des Internet-Auftritts geht der Landesverband von einem weiteren ansteigenden Interesse an seinen Angeboten aus. Auf den Seiten „Verbandsmeldungen“ und „Aus den Gliederungen“ können User sich über die aktuellen Ereignisse im BdV und den Verbänden informieren.

Unsere Arbeit und die Herausgabe dieses Magazins werden unterstützt durch:

**Bayerisches Staatsministerium für
Familie, Arbeit und Soziales**



Kulturzentrum Ellingen:

Ausstellung zu den Bismarck-Türmen in Ostpreußen Personenverehrung des Reichskanzlers lässt staunen



Bismarckthurm auf dem Galtgarten
Station Drueghnen-Galtgarten.

Was haben die niedersächsische Universitätsstadt Göttingen, die ehemalige Freie Reichsstadt Weißenburg in Bayern und die oberländische Kreisstadt Osterode in Ostpreußen gemeinsam? Sie besitzen bis heute einen Bismarck-Turm. Diese in Europa einzigartigen Bauten einer unglaublichen Personenverehrung entstanden nach dem Tod (1898) des ehemaligen deutschen Reichskanzlers Fürst Otto von Bismarck, und zwar nicht nur auf dem Gebiet des damaligen Deutschen Reiches, sondern auch in benachbarten Staaten oder sogar in Übersee, in den deutschen Kolonien. Die Geschichte der einzelnen Bismarck-Türme ist zum Teil gut erforscht, bei manchen Türmen gibt es in der Überlieferung aber große Lücken.

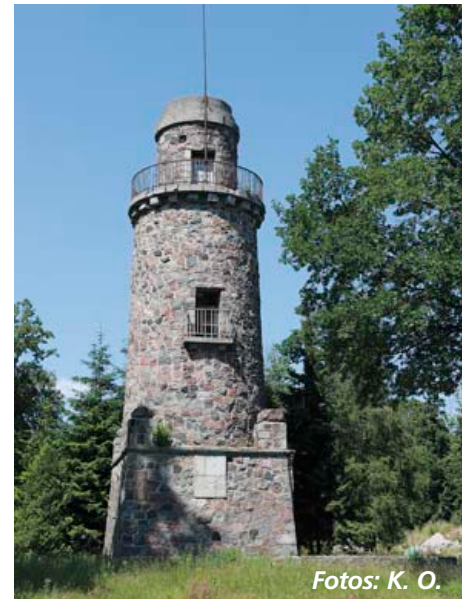
In der noch bis Juni laufenden Ausstellung „Bismarck-Türme in Ostpreußen“ und dem zugehörigen Heft zur Kabinettausstellung stellt das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen bei Weißenburg die Türme vor, die von 1902 bis 1915 östlich der Weichsel errichtet wurden. Neben dem Informationstext wird ein besonderes Augenmerk auf Abbildungen aller Art gelegt. Manche Fotos oder Ansichtskarten werden hier erstmals veröffentlicht. Ermöglicht wurde das Vorhaben durch Informationen sowie die Überlassung von entsprechendem Bildmaterial durch die Kreisgemeinschaften Rasenburg, Gumbinnen, Tilsit-Ragnit,

Neidenburg, Insterburg und Stuhm. Die übrigen Abbildungen stammen aus den Sammlungen des Kulturzentrums und des Bildarchivs Ostpreußen. Wenn Leser der Publikation noch weitere eigene Fotografien oder Ähnliches besitzen, besonders aus der Zeit nach 1945, würde sich das Zentrum über eine Kontaktaufnahme beziehungsweise Zusendung sehr freuen. Eine zweite, ergänzte Auflage werde dann gern realisiert.

Am Beispiel der sogenannten „Bismarck-Türme“ verfolgt die Ausstellung das Ziel, die Geschichte eines unglaublichen Personenkultes nachzuzeichnen, der nach dem Tod des „Eisernen Kanzlers“ im Jahr 1898 von großen Teilen der Bevölkerung getragen wurde. Auch wenn die Politik Bismarcks heute kontrovers diskutiert wird, zeigt die Begeisterung seiner Zeitgenossen, mit der sie des ersten deutschen Reichskanzlers gedachten, wie populär dieser Politiker noch acht Jahre nach seiner Entlassung bei der Bevölkerung war. Der Personenkult um Bismarck kann sogar als Konkurrenz zum staatlich gepflegten Gedenken an die Hohenzollern verstanden werden, da sie fast ausschließlich auf Privatinitiative betrieben wurde.

Nur wenige historische Persönlichkeiten hinterließen in der Landschaft und im Alltag so zahlreiche und mannigfaltige Spuren wie es Fürst Otto von Bismarck (1815–1898) vermochte und immer noch vermag. Es ist nicht nur seine vielschichtige Politik, wie beispielsweise die von ihm maßgeblich betriebene Reichsgründung von 1871 und das von ihm geschaffene Sozialversicherungssystem, aber auch sein umstrittenes Agieren gegenüber der katholischen Kirche, den polnischen Reichsuntertanen oder der Sozialdemokratie, die zu seinem Erbe gehört. Auch verschiedene Arten von Lebensmitteln und Konsumgütern sowie zahlreiche steinerne Denkmäler erinnern bis heute an den ersten deutschen Reichskanzler, dessen Verehrung ein bis dahin unbekanntes Ausmaß annahm.

Zu den fassbaren Ausdrücken dieser Verehrung gehörte auch der Entwurf und die Errichtung besonderer Denk-



Fotos: K. O.

mäler, die einst im gesamten Reich, den Nachbarstaaten und sogar in den deutschen Kolonien anzutreffen waren und uns noch heute an zahlreichen Orten begegnen, eben jene „Bismarck-Türme“.

Neben den knapp 200 Monumenten, die zu seinen Ehren fast ausschließlich aus Privatspenden errichtet wurden, standen einst auch zehn davon östlich der Weichsel, deren Geschichte und Schicksalen im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen nachgegangen wird. Mehrere dieser Türme sind unwiederbringlich verloren, sie sind während der Kriegshandlungen 1945 oder in den Nachkriegsjahren zerstört worden. Einige aber trotzen bis heute dem Zahn der Zeit.

W. F.

Ausstellung

„Bismarck-Türme in Ostpreußen“

Kulturzentrum Ostpreußen
Schlossstraße 9
91792 Ellingen/Bay
Tel. 09141-86440

Öffnungszeiten:

Geöffnet (bis 31.3.):

Dienstag bis Sonntag

10 bis 12 und 13 und 16 Uhr

ab 1. April.:

Dienstag bis Sonntag

10–12 und 13–17 Uhr

Die Ausstellung läuft bis Ende Juni 2023.

Ausstellung in Marktredwitz:

Egerer Reliefintarsien, ihre Meister und Sammler Ab Mai Kunstausstellung im Egerland-Museum

Ein Betrachtung von Dipl.-Ing. Dr. Walter Kreul, Germering

Die von Juli bis Dezember 2022 im Sudetendeutschen Haus in München durchgeführte Ausstellung „Allerley kunststück. Reliefintarsien aus Eger“ wird ab Mai dieses Jahres im Egerland-Museum in Marktredwitz gezeigt. Warum wurde gerade Eger zur Wiege dieser barocken Kunstwerke, wer waren ihre Meister? Wo befinden sich Sammlungen der Reliefintarsien und wer sind ihre Sammler?

Die im Jahre 1061, damals noch unter der Bezeichnung „Egire“ zum ersten Mal urkundlich erwähnte, alte Stauferstadt und seit 1277 Freie Reichsstadt Eger, hat eine eindrucksvolle Vergangenheit hinter sich. Im Mittelalter galt sie als bedeutendste Ansiedlung zwischen Nürnberg und Prag. Aufgrund ihrer zentralen Lage in Mitteleuropa bestanden Handelsbeziehungen mit der Hanse im Norden, Nürnberg im Westen, Wien im Süden und Prag im Osten. Der Status der Freien Reichsstadt, der vor allem durch eine beachtliche Tuchindustrie erlangte Reichtum sowie die Weltoffenheit Egers führten zur Bildung eines selbstbewussten Bürgertums, das neben dem Adel und der Geistlichkeit die Geschicke der Stadt wesentlich mitbestimmte. All das sowie stabile politische Verhältnisse, trugen dazu bei, dass sich Eger in der Barockzeit zu einem aktiven, weithin wirksamen Kunstzentrum entwickeln konnte und zwischen 1630 und 1730 ein florierendes Schaffen einzigartiger Kunstwerke wie der Reliefintarsien ermöglichte.

Bei Reliefintarsien handelt es sich um eine Verschmelzung von Holzeinlegearbeiten und Schnitzereien. Hervorgehoben wird ihre plastische Wirkung durch die feinen Höhenunterschiede auf deren Oberfläche sowie die unterschiedliche Farbigkeit und Beizung der verwendeten Hölzer. Außerdem arbeitete man teilweise Zinn, Perlmutter oder Elfenbein in die Werkstücke ein. Grundsätzlich kann man feststellen, dass Egerer Reliefintarsien im Gegensatz zu anderen Intarsienarbeiten meist aus einfacheren Materialien wie einheimischen Hölzern angefertigt sind, jedoch künstlerisch als höherwertig



Prunkschrank (Sammlung Pasold).

Fotos: Heribert Sturm, Egerer Reliefintarsien, 1961, München.

eingestuft werden. Die Technik zur Herstellung von Intarsien ist zwar bereits in der Antike, dann vor allem im 15. Jahrhundert in Oberitalien und anderenorts wie in Augsburg, Neapel oder Antwerpen zum Einsatz gekommen, jedoch in Eger im 17. und beginnenden 18. Jahrhundert in der speziellen Form der Reliefintarsien, die eine rein Egerer Besonderheit darstellen, zu hohem künstlerischen Stand geführt worden. Reliefintarsien fanden als Füllungen des Rahmenwerks von Kabinettschränken, Schreinen, Truhen, Kassetten, Schreib- und Spieltischen,

Schöpfer der Kunstwerke

Brettspielen, aber auch als selbstständige Bildplatten Verwendung. Die graphischen Vorlagen für die Motive stammten größtenteils aus der Renaissance, das Repertoire weist eine erstaunliche Vielfalt auf. Besonders zahlreich sind Szenen aus der biblischen Geschichte und allegorische Darstellungen von Krieg und Frieden.

Die Anfertigung der Reliefintarsien geschah in Eger handwerksmäßig durch Kunsttischler (Schreiner). Manche von ihnen nannten sich Bildschneider, Bild-

schnitzer oder Bildhauer. Trotz Arbeitsteilung unterschied die Zunft nicht zwischen ihnen und den einfachen Tischlern, da in den üblicherweise großen Werkstätten der Familienbetriebe alle Arbeiten durchgeführt wurden. Egerer Tischlerfamilien waren nicht selten untereinander verwandt, so dass man Aufträge oft gemeinsam erledigte. Die archivalische Überlieferung zu den Egerer Tischlern lässt einen verhältnismäßig begrenzten Personenkreis in Erscheinung treten. In erster Linie sind dies die Familien Eck, Haberstumpf, Haberlitz und Bauer sowie Johann Georg Fischer, Bernhard Drechsler, Johann Kaspar Kramer, Stephan Reutter und Johann Andreas Gruber. Neben den Meistern und deren Familienangehörigen ist auf die vielen tüchtigen, kreativen Gesellen hinzuweisen, deren Namen unbekannt sind. So gehörten zum Beispiel zur Werkstatt des Adam Eck 1633 drei Schreiner und ein Bildschnitzer.

Wenngleich die Stadt Eger nicht der einzige Auftraggeber für die Kunstwerke war, so erscheint sie anhand ihrer Ausgabenbücher doch als maßgeblicher Abnehmer von Reliefintarsien. Diese dienten ihr häufig als Geschenke



Raub der Helena (Sammlung Pasold).

für hochgestellte, politisch wichtige Herrschaften und wanderten so in die als Vorläufer der heutigen Museen geltenden fürstlichen Kunstkammern und hochrangigen bürgerlichen Sammlungen Europas. Eger kämpfte gerade in dieser Zeit auf zahlreichen diplomatischen Ebenen um seine Reichsunmittelbarkeit und versuchte durch kostbare Relieftarsien für seine Ziele Einfluss zu nehmen. Zu den Beschenkten, die teilweise auch als Auftraggeber und Käufer der als Statussymbole angesehenen Kunstobjekte auftraten, zählten unter anderem der Habsburger Erzherzog Leopold Wilhelm, seines Zeichens Statthalter der spanischen Niederlande, der schwedische Generalfeldmarschall Carl Gustav Wrangel, Frau Generalin von Metternich und schließlich kein Geringerer als Kaiser Karl VI.

Die Werke der Egerer Künstler sind heute weltweit anzutreffen. Sie gehören zum nicht mehr wegzudenkenden Bestand der großen Museen wie, um nur einige anzuführen, den staatlichen Museen in Berlin, dem Grünen Gewölbe in Dresden, dem Germanischen Nationalmuseum in Nürnberg, dem Bayerischen Nationalmuseum in München, dem Schloss Laxenburg südlich von Wien, dem kunsthistorischen Museum in Wien, dem Victoria and Albert-Museum in London, dem Kunstgewerbemuseum in Oslo oder dem The Metropolitan Museum of Art in New York. Neben den öffentlichen existieren namhafte private Sammlungen. So in der Schweiz, in Großbritannien und in den USA. Des Weiteren gibt es Kollektionen und Einzelstücke von Egerer Relieftarsien, die sich, da sie über

den Kunsthandel an unbekannte Sammler und Sammlungen verkauft wurden, einer systematischen Erschließung entziehen.

Die größte Privatsammlung von Egerer Relieftarsien, wenn nicht größte Sammlung dieser Art überhaupt, wurde von dem 1906 in Fleißen im Egerland geborenen und 1978 in der Schweiz verstorbenen sudetendeutsch-britischen Textilfabrikanten Erich W. Päsold – in England anglisierte er seinen Namen zu Eric W. Pasold – geschaffen, der mit außergewöhnlicher Sammlerleidenschaft viele wertvolle Exemplare dieser Kunstgattung erwarb. Seine Firma Pasolds Ltd. mit Hauptsitz in Langley westlich von London, mit der er unter anderem Kinderbekleidung der internationalen Marke „Ladybird“ produzierte, beschäftigte in ihrem Zenit in Großbritannien, Kanada und in der Karibik rund 5.000 Menschen. Die Akribie und Ausdauer mit der Eric W. Pasold sein Unternehmen, zu dem bis zur Enteignung durch die Tschechen 1945 die Textilfabriken Adolf Päsold & Sohn in Fleißen und Leibitschgrund im Sudetenland mit ca. 600 Beschäftigten gehörten, führte, zeigte er auch beim Aufbau seiner Sammlung von

Aus Eger wird Cheb

Egerer Relieftarsien. Es waren aber nicht nur kunsthistorische Aspekte und die von den Egerer Kunstwerken ausgehende Faszination, die Eric W. Päsold bewegten. Sicherlich spielte bei seiner Begeisterung für Egerer Relieftarsien die landsmannschaftliche Verbundenheit mit Eger und seiner ursprünglichen Heimat Egerland eine nicht zu unterschätzende Rolle. Die Bedeutung der Privatsammlung Pasold wird nicht zuletzt daraus ersichtlich, dass ihr das Bayerische Nationalmuseum in München im Jahre 1999 eine Sonderausstellung widmete und sie zum Anlass für die Ausstellung „Alley kunststück. Relieftarsien aus Eger“ wurde.

Der Sitz der Kunstgattung Relieftarsien war für eine Zeitspanne von rund einem Jahrhundert die ehemals Freie Reichsstadt Eger bis 1945 eine deutsche Stadt. Mit der jeglichen Völker- und Menschenrechten widersprechenden, kollektiven Entrechtung, Enteignung, Verpflichtung zur Zwangsarbeit (ab dem 10. Lebensjahr), Massakern, Lagerhaft und Folter unterworfenen sowie schließlich gewaltsam durch die Tschechen aus ihrer angestammten

Heimat vertriebenen über drei Millionen Sudetendeutschen, wobei nach Angaben der Zentralstelle des kirchlichen Suchdienstes etwa 295.000 Menschen zu Tode kamen, ging, wie im Sudetenland generell, so auch in Eger ein kompletter Austausch der Bevölkerung einher. Es entstand das tschechische Cheb.

In seinem Buch „Auf den Spuren des Doppeladlers. Ein altösterreichischer Bilderbogen“ sinniert der österreichische Lyriker, Essayist und Reiseschriststeller Humbert Fink über dieses Cheb: „Manche Frage schießt einem durch den Kopf, wenn man unterwegs ist zwischen Rolands- und Dudelsackpfeiferbrunnen, zwischen dem Patrizierhaus der Familie Pachelbel, dem Herkulesbrunnen und dem Stöckl. Man bewegt sich durch ein Bühnenbild, dem die dazugehörigen Akteure fehlen. Und in kaum einer anderen böhmischen, mährischen Stadt (von ganz wenigen Beispielen abgesehen) ist das Gefühl so stark, in einen Irrgarten geraten zu sein oder sich einer Scheinwelt ausgeliefert zu fühlen, die eine Wirklichkeit nur vortäuscht.“

Das alte Eger mit seiner fast neunhundertjährigen Biographie ist nach der Vertreibung der deutschen Bewohner Vergangenheit. Gleich ihrem großen Sohn, dem Barockbaumeister Balthasar Neumann (1687 bis 1753), sind auch Egerer Spezifika wie die Relieftarsien und ihre Meister in der heutigen tschechischen Stadt Cheb mehr oder weniger in Vergessenheit geraten. Die in Eger geschaffenen Werke barocker Kunst sind, wie die früheren



Allegorische Darstellung: Der Herbst (Sammlung Pasold).

Bewohner der Stadt, in alle Winde zerstreut. In der ersten Auflage des 2007 erschienenen Bandes von Konrad Badenheuer, „Die Sudetendeutschen. Eine Volksgruppe in Europa“, gab Landtagspräsident a.D. und vormaliger Sprecher der Sudetendeutschen, Johann Böhm, in einem Grußwort zu Protokoll: „Die Sudetendeutschen leben nunmehr in der Zerstreung. Vor

allem in Deutschland und Österreich, aber auch in anderen Ländern, haben sie sich – gerade dadurch, dass sie großartige Aufbauarbeit leisteten – gut integriert. Sie werden ihren Anspruch gegenüber den Tschechen auf angemessene Wiedergutmachung nicht aufgeben. Sie werden freilich nie mehr als geschlossene Einheit in die alte Heimat zurückkehren können. Ihr Platz

in der Geschichte des Herkunftslandes aber wird ihnen auf Dauer nicht streitig gemacht werden können.“ Damit der sudetendeutschen Volksgruppe der von Johann Böhm beschworene „Platz in der Geschichte“ gewahrt bleibt, dazu tragen nicht zuletzt Kulturgüter wie die in der einst deutschen Stadt Eger geschaffenen Reliefintarsien entscheidend bei.

Aktuelle Information zum Bürgergeld

Arbeitslosengeld II, ist seit 1. Januar durch das neue Bürgergeld abgelöst. Das Bürgergeld ist eine Leistung der Grundsicherung für Arbeitsuchende und soll sicherstellen, dass diese Menschen ihren Lebensbedarf (Existenzminimum) sichern können. Wer bisher Anspruch auf Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld hatte – aktuell waren es zum Jahresbeginn 5,2 Millionen Menschen in Deutschland – wird künftig einen Anspruch auf Bürgergeld haben. Das sind die Eckpunkte des neuen Bürgergelds:

Die Regelsätze werden erhöht, Alleinstehende erhalten seit 1. Januar 502 Euro pro Monat, das sind über 50 Euro mehr als bisher. Mit Partnern zusammenlebende Erwachsene erhalten 451 Euro. Jugendliche ab 14 bekommen 420 Euro, Kinder von 6 bis 14 Jahre 348 Euro, Kinder unter 6 Jahren 318 Euro. Außerdem wird beim Bürgergeld im Voraus statt im Nachhinein die Inflation bei der jährlichen Anpassung der Regelsätze berücksichtigt werden.

Wer zwischen 520 und 1.000 Euro hinzuverdient, soll mehr vom Einkommen behalten dürfen. Die Freibeträge werden auf 30 Prozent (bisher 20 Prozent) angehoben. Zudem werden die Freibeträge für Einkommen von Schülerinnen und Schülern, Studierenden und Auszubildenden auf 520 Euro erhöht. Wer künftig auf Bürgergeld angewiesen ist, soll in den ersten beiden Jahren das Ersparte behalten dürfen. So muss Vermögen erst ab 40.000 Euro bzw. jeweils weitere 15.000 Euro für alle anderen in der Bedarfsgemeinschaft angetastet werden.

Für ein Jahr sollen die Kosten für die Unterkunft in tatsächlicher Höhe und die Heizkosten in angemessener Höhe anerkannt und übernommen werden. In dieser Karenzzeit müssen Bürgergeldbezieher nicht umziehen. Wer eine Ausbildung oder Umschulung machen

will, soll besser unterstützt werden. Dazu wird ein zusätzliches monatliches Weiterbildungsgeld in Höhe von 150 Euro für die Teilnahme an abschlussbezogenen Weiterbildungen gezahlt. Für die Teilnahme an Maßnahmen für eine nachhaltige Integration wird ein Bonus in Höhe von monatlich 75 Euro eingeführt.

Leistungsminderungen sind wegen Pflichtverletzungen von Tag 1 an möglich und gliedern sich in drei Stufen. Bei der ersten Pflichtverletzung mindert sich das Bürgergeld für einen Monat um 10 Prozent, bei der zweiten für zwei Monate um 20 Prozent und bei der dritten für drei Monate um 30 Prozent. Kosten der Unterkunft und Heizung werden nicht gemindert. Eine Leistungsminderung erfolgt nicht, wenn dies im konkreten Einzelfall zu einer außergewöhnlichen Härte führen würde.

Nach dem Gesetz zählt ein selbstgenutztes Haus mit einer Wohnfläche von bis zu 140 Quadratmetern oder eine selbstgenutzte Eigentumswohnung von bis zu 130 Quadratmetern zum Schonvermögen, bei mehr als vier Haushaltsangehörigen erhöht sich die Fläche für jede weitere Person um 20 Quadratmeter. Nach dem Kompromiss können auch größere Häuser bzw. Wohnungen zum Schonvermögen gerechnet werden, wenn andernfalls eine besondere Härte entstände. Leistungsminderungen sind aufzuheben, wenn die Leistungsberechtigten die Mitwirkungspflichten erfüllen oder nachträglich glaubhaft erklären, ihren Pflichten nachzukommen.

Die bisherigen verschärften Sonderregelungen für die unter 25-Jährigen entfallen. Werden künftig die Leistungen für unter 25-Jährige gemindert, sollen die Jobcenter ein Beratungs- und Unterstützungsangebot machen. Den Leistungsberechtigten wird die Möglichkeit eröffnet, die Umstände ihres

Einzelfalles persönlich vorzutragen. Verletzen sie wiederholt ihre Pflichten oder versäumen Meldetermine, soll das Jobcenter sie aufsuchend beraten.

Freistaat übernimmt GEMA-Gebühren

Bayerns Sozialministerin Ulrike Scharf, MdL, hat den BdV-Landesverband über einen Kabinettsbeschluss vom 14. Februar informiert, wonach der Freistaat künftig die GEMA-Gebühren für nicht-kommerzielle Veranstaltungen von ehrenamtlichen Organisationen übernimmt. Damit soll das bürgerschaftliche Engagement gestärkt und ein deutliches Zeichen der Anerkennung und Wertschätzung gesetzt werden.

Aufgrund des Urheberrechts müssen bei Musikveranstaltungen GEMA-Gebühren gezahlt werden – auch von Ehrenamtlichen. Bei kostenfreien Musikveranstaltungen sollen zukünftig für die Veranstalter nur eine einmalige digitale Registrierung bei der GEMA und die Meldung der Veranstaltung erforderlich sein. Die Kosten für die Musikdarbietungen übernimmt der Freistaat Bayern. Dafür werden jährlich insgesamt 1,5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Die Erleichterung für die Ehrenamtlichen wird in Bayern heuer rund 45.000 Veranstaltungen betreffen. *Stmas*

**Unser Spendenkonto:
BdV-Landesverband Bayern**

Stadtparkasse Augsburg

IBAN:

DE02 7205 0000 0251 0149 08



Mit prachtvollen Veranstaltungen hat sich der BdV-Kreisverband München aus der Coronapause zurückgemeldet. Bis auf den letzten Platz war jeweils der große Festsaal im Sudetendeutschen Haus bei der Weihnachtsfeier und dem großen Faschingsball besetzt. BdV-Kreisvorsitzender Bernhard Fackelmann erwies sich dabei als anpackender und charmanter Gastgeber. Eingebunden waren stets Musikkapellen, Chöre, Tanzgruppen aus den Landsmannschaften sowie Trachtenträger aus den verschiedenen östlichen Siedlungsgebieten der Deutschen.

